

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 31. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juni 1904 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungspediteure sowie unsere Expedition, Lindenstrasse 69, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(auschliesslich 14 Pfennig pro Monat Bestellgeld) entgegen. (In der Post-Zeitungsliste sind jetzt die Zeitungen nicht mehr nach Nummern, sondern nach dem Alphabet geordnet.)

Die Einziehung des Zeitungsgeldes von den bisherigen Postabonnenten erfolgt gegen Quittung durch die Briefträger, die zur vollständigen Quittungsleistung berechtigt sind.

Neu hinzutretende Postabonnenten können die Zustellung der Zeitung und die Einzahlung des Zeitungsgeldes auch schriftlich bei der zuständigen Postanstalt beantragen. Für derartige Bestellschreiben etc. wird eine Gebühr nicht erhoben.

Im Auslande kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich in Belgien 5 Fr. 1 Cts.; Dänemark 3 Kr. 86 Oere; Holland 3 Fl.; Italien 5 Lire 61 Cts.; Luxemburg 4 Mk. 12 Pf.; Portugal 1455 Reis; Rumänien 6 Lei; Schweden 3 Kr. 87 Oere; in der Schweiz 5 Fr.; in England, Frankreich, Spanien, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andern zum Weltpostverein gehörenden Ländern 9 Mark.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und seiner Kolonien, in Oesterreich-Ungarn und Luxemburg, im Ausland 3 Mark pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Die Arbeiterpolitik in Australien.

Das in Brisbane (Queensland) erscheinende offizielle Organ der australischen Arbeiterpartei schrieb am 23. April, als gerade im Repräsentantenhaus die Beschlüsse gegen die Regierung Deakin gefasst worden waren, die dann zu dem Arbeiterministerium Watson führten, den folgenden Artikel über die Bundeskrisis und die Arbeiterpolitik.

„Die der Bundesregierung wegen ihres Versuchs, die Staatsangehörigen von den Vorteilen der Industrie-Schiedsgerichte auszuschließen, bevorstehende Niederlage eröffnet die bedeutsame Frage: Was hat die Arbeiterpartei zu thun, wenn Deakin zurücktritt?“

Soll sie dem Queensland Beispiele folgen und ein Kompromiss bilden? Oder soll sie ein reines Arbeiterkabinett bilden und versuchen, die Geschäfte des Landes fortzuführen? Oder soll sie alle Verantwortlichkeit ablehnen und die Sache gehen lassen, wie sie will?

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß kein Kompromiss zu Stande kommt, an dem ein Arbeiterminister teilnimmt.

Nur die außerordentlichen Umstände in Queensland rechtfertigen, was hier geschehen ist. Kechnlich zwingende Bedingungen des öffentlichen Interesses liegen im Umde (in der Regierung der Vereinigten Staaten Australiens) nicht vor. In Queensland wurden wir durch die Thatsachen in das Kompromiss hinein getrieben. Das Festhalten der bestehenden Regierung an der Macht, worin sie bestärkt wurde durch die offen zu Tage tretende Unfähigkeit des Parlaments, ein anderes Ministerium zu unterstützen, gestattete kein langes Bestimmen. Um das Land vor der Schreckensherrschaft der Philp-Janonias zu schützen, war die Arbeiterpartei gezwungen, ihre Politik der Isolierung zu verlassen und mit andern Fraktionen des Hauses zusammen eine Regierung zu bilden.

Welches die Wirkung dieser Aktion auf die Arbeiterbewegung in Queensland sein wird, bleibt abzuwarten. Die Gefahren, denen sie uns aussetzt, sind einleuchtend genug. Wir machen seiner Zeit darauf aufmerksam, aber die Niederwerfung Philps und seines bösen Genies, Janonias, war eine ausreichende Rechtfertigung, das Risiko zu übernehmen.

Immer ist in dem Kompromiss die Gefahr, daß unter der unmerklichen Wirkung der unpolitischen Notwendigkeit, unterstützt durch die erschöpfenden Einflüsse der offiziellen Stellung, die Partei, ohne es zu wissen, ihre Reinheit (ihren bisherigen Charakter) verliert und zu einer rein ministeriellen Partei wird.

Auf Parteiführer, die in solche Situationen gebracht werden, darf man sich nicht verlassen.

Es giebt Männer in den Reihen der Arbeiterpartei Queensland, die einer Abschwächung des Programms nicht abgeneigt sind, alle Grundsätze aufzugeben, um sich die Verbindung mit den Organen zu erhalten.

Wenn es nach diesen ginge, die Arbeiterpartei würde bald nicht mehr zu unterscheiden sein von den alten Liberalen.

daß die Grundlage einer unverfälschten Arbeiterbewegung in der Organisation außerhalb des Parlaments liegt und nicht bei den Führern und Repräsentanten innerhalb desselben.

Wir könnten wohl Führer nennen, die treu und unbeugsam sind, auch solche, welche nicht bewußt vom graden Weg abweichen würden, aber das alles zugegeben, kein einziger Betrachter unserer parlamentarischen Verhältnisse kann die Augen vor der Thatsache verschließen, daß ein Kompromiss nicht die Nahrung ist, bei dem eine entschlossene und unabhängige Arbeiterpartei gedeihen kann.

Unter gewissen Umständen hat es vielleicht einen medizinischen Wert, aber weder Menschen noch Parteien können von Medizin leben.

Wir sehen in der Lage des Bundes keine Notwendigkeit für die Arbeiterpartei, im Falle des Rücktritts der Regierung sich einem Kompromiss zur Bildung eines neuen Ministeriums anzuschließen.

Die Arbeiterpartei hat ihre eignen selbständigen Ziele und Aufgaben; diese können nur durch eine Arbeiterregierung erfüllt werden.

Politische Freiheit haben wir im Umde. Die zukünftige Gesetzgebung muß mehr und mehr auf ökonomische Fragen gerichtet sein. Nur eine Regierung, die von dem Glauben an den Sozialismus erfüllt ist, kann von jetzt an dauernd den Interessen der Arbeiter des australischen Bundes dienen. Kompromisse schwächen das Klassenbewußtsein ab, das den Lebensatem der Arbeiterpartei bildet.

Aller Wahrscheinlichkeit nach würde die Lebensfähigkeit einer Regierung aus Arbeitern der Propaganda der Arbeiterpartei sehr förderlich sein und die Arbeiterpartei selbst, abgesehen von den politischen Konsequenzen, erheblich fördern.

Höchstens, wenn Watson die Regierung übernehmen könnte mit einer Majorität von Arbeiterministern, und mit freier Hand gegenüber dem Parteiprogramm, anders könnte die Frage eines Kompromisses nicht erwoogen werden.

Es würde für die Partei besser sein, sich gegen ein angemessenes Abkommen und Konzessionen zur Unterstützung einer liberalen Regierung zu verpflichten, als eine Regierung aus ihren eignen Reihen zu bilden.

Es wird dann dargelegt, welche Personen zu einer solchen Regierung geeignet wären. Dann heißt es weiter:

„Ein Appell an das Land wäre nutzlos, da nicht zu erwarten ist, daß dadurch die Positionen der Parteien erheblich geändert würden.“

Allerlei Parteibündnisse scheinen unvermeidlich. Wir haben bisher stets gefehlt, die Arbeiterpartei möchte nicht dabei sein.

Parteien sind Werkzeuge politischer Handlungen. Die Arbeiterpartei in Australien ist ein Werkzeug, das seit zwanzig Jahren in der Schmelze ist. Seine Zukunft zu gefährden eines kleinen Augenblicksvorteils wegen wäre eine selbstmörderische Thorheit. Die Arbeit, die so lange gewartet hat, kann auch noch ein wenig länger warten, bis das Wachstum der öffentlichen Meinung die ganze Gewalt in ihre Hände giebt; inzwischen suche sie zu erlangen was sie kann unter ehrenhafter Devise und durch rafflosen Kampf.“

Dieser Artikel ist ein wichtiges Dokument der internationalen Arbeiterbewegung. Unmittelbar nachdem er geschrieben, wurde das reine Arbeiterministerium geschichtliche Wirklichkeit. Es wurde kein Kompromiss geschlossen, man ergriffte aber auch den Zeitpunkt für nicht zu früh, die ganze Macht zu übernehmen — und so ist in Australien das Thatsache geworden, was die Reaktionen aller Länder als das Ende aller Kultur schauernd ausmalen: Die „Diktatur des Proletariats“.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß der australische Arbeiter nicht vollständig identisch mit der europäischen Sozialdemokratie ist. Aber der vorstehende Artikel zeigt auch andererseits, daß es sich bei der australischen Arbeiterpartei nicht etwa um jene unpolitischen und verworrenen Bildungen handelt, wie sie in England herrschen. Man kann gar nicht schärfer die Klassenanschauung präzisieren, als das in dem Artikel gescheh, der an dem Vorabend der Schaffung eines reinen Arbeiterministeriums geschrieben ist.

In bedeutungsvoller Weise motiviert der Artikel, warum die Arbeiterbewegung Australiens an einer Kompromissregierung nicht teilnehmen kann: Die Demokratie sei in Australien durchgeführt, damit entfallt — so ist offenbar der Gedankengang — das letzte gemeinsame Interesse, das das Proletariat vorübergehend an die Seite eines demokratischen Bürgertums führen könne. Jetzt handelt es sich im Wesentlichen um wirtschaftliche Fragen, um sozialistische Probleme. Hier aber gebe es keine Gemeinsamkeit mit den Liberalen mehr. Hier müsse reine Klassenpolitik getrieben werden. Der Verfasser des Artikels meint deshalb, die Unterstützung eines liberalen Ministeriums sei jeder Kompromiss-Regierung vorzuziehen. Entweder die ganze Macht — oder gar nichts! Ob aber die Zeit reif sei, die ganze Macht zu übernehmen, das ist für den Verfasser des Artikels noch fraglich.

Am Abend des Tages, da dieser Aufsatz erschien, wurde Watson das Kabinett angeboten, das er sodann mit der durch das Programm verpflichteten Zustimmung der Arbeiterpartei annahm. Man zweifelte nicht im mindesten daran, daß das Proletariat regierungsfähig sei.

Das dieses merkwürdige Experiment für die internationale Sozialdemokratie bedeutet und was es nicht bedeuten kann, haben wir des öfteren dargelegt und brauchen es bei dieser Gelegenheit nicht zu wiederholen. Bedeutsam aber ist, daß dieses Arbeiterministerium eine Regierung des klaren proletarischen Klassenbewußtseins ist, das auf sozialistische Ziele hinsteuert, wie vorzüglich und langsam es auch vorgehen mag.

Die frühere Regierung der Vereinigten Staaten Australiens ist geschickter, weil sie den Staatsarbeitern nicht das Recht der Schieds-

gerichte zugestehen mochte, jetzt ist die Staatsgewalt selbst in den Händen der Arbeiterpartei.

Wie weit ist doch das Brechen der Ruthe und Hammerstein, der Mirbach und Mantuffel „in der Welt voran!“ —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Mai.

Wohin sie wollen!

Der famose „Reichsbote“ plaudert weiter aus den Geheimnissen der konservativen Wahlrechtsfeindschaft. „Rechts oder Links?“ stellt er die Frage, und Links ist nicht etwa allein die Sozialdemokratie. „Links“ sind für den „Reichsbote“ die Freisinnigen und selbst die Rationalisten, die sich der vollständigen Verminderung des Schulwesens widersetzen. „Der Aberglaube der liberalen Auffassung ist unser Unglück“, erklärt der „Reichsbote“, aber er glaubt sich trösten zu dürfen, indem er andeutet: „Alle unsere Verhältnisse weisen heute nach rechts.“ Und in diesem Zusammenhange fällt er zurück in sein tägliches Gebet: Unser schlechtestes Wahlrecht nimm uns heute! Er sagt:

„Alle verständigen Menschen sagen sich, daß das bestehende Reichstags-Wahlrecht das Reich zu Grunde richten wird, weil es den Reichstag immer mehr in die Hände der Sozialdemokratie und des Ultramontanismus ausliefert. Aber die Furcht vor dem noch immer herrschenden Aberglauben an die liberale Theorie hindert die meisten, öffentlich auszusprechen, was sie unter vier Augen als ihre Überzeugung bekennen. Man kritisiert alles, auch das Politische, nur das Reichstags-Wahlrecht soll man nicht kritisieren, es sei denn, daß man eine noch immer demokratischere Gestalt beschreiben fordert, wie es durch das Klotzgesetz geschehen ist! Wie könnten da ernsthaft, politisch denkende Männer sich auf die Seite der freisinnigen Partei stellen, die bereits dicht neben der Sozialdemokratie steht und in den Zollverhandlungen Hand in Hand mit ihr gegangen ist. Alles weist heute nach rechts: die wirtschaftlichen, die sozialen, die politischen, die kirchlichen, Schul- und Verhältnisse, wie die nationalen Schwachverhältnisse zu Wasser und zu Lande erfordern eine Behandlung im konservativen Geiste, und darum muß es das Streben aller ernsthaften Männer sein, eine starke national-konservative Parteialliance herzustellen, wozu in dem Schulantrag ein erfreulicher Anfang vorliegt.“

Es zeigt sich, wohin die Wahlrechtsfeindschaft der frommen Reaktion strebt. Das jetzige Wahlrecht richtet das Reich zu Grunde, erst dann wird das Reich gesichert, wenn außer der Sozialdemokratie auch das Centrum und der Liberalismus durch Wahlrechtsänderung und Staatsrecht an die Kette der politischen Einflußlosigkeit gelegt werden!

Zumeist schwächen die Wahlrechtsfeinde von der „socialdemokratischen Gefahr“. Der „Reichsbote“ verrät, was ihr ganzes Ziel ist: es soll die Sozialdemokratie gemuschelt werden, damit Centrum und Liberalismus, soweit sie überhaupt noch zu bilden sind, zur dauernden Minorität herabgedrückt werden, damit auf allen Lebensgebieten die konservative Reaktion triumphiert.

Wäre es wahr, daß „alle unsere Verhältnisse nach rechts weisen“, so beherrschte der Konservatismus nicht des Wahlrechts-Umsatzes. Da aber das Gegenteil wahr ist, da die gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung den Untergang des konservativen Regimes unvermeidlich herbeiführt, darum appelliert das gottesfürchtige Schmarbentum an die gottlose Gewaltthätigkeit, an den Totschlag des Rechts und der Kultur. —

Centrum und Kontraktbruch-Gesetz.

Die „Königliche Volkszeitung“ giebt zustimmend einen Artikel der liberalen „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ wieder, der sich scharf gegen das preussische Kontraktbruch-Gesetz wendet.

Ist es, fragt das genannte Blatt, nicht eine Ungeheuerlichkeit, zu dem rechtsbeschränkenden Gesetze der Gefinde-Ordnung ein Ausnahmegesetz gegen die ländlichen Arbeiter und Diensthoten zu erlassen? Das neue Gesetz wird die Wirkung haben, daß ein Landarbeiter oder Diensthote, der aus irgend einem Grunde seinen Dienst vor Ablauf der Kündigungsfrist verläßt, gewisse Strafen geübt wird. Niemand darf ihn in Arbeit nehmen, niemand darf ihm Arbeit vermitteln; indem man ihm das Fortkommen als Lohnarbeiter unmöglich macht, sucht man ihn an den Kontrakt zu fesseln, den er vielleicht aus Unkenntnis oder gutem Glauben eingegangen hat und der vielleicht von seinem Arbeitgeber in einer Weise gehandhabt wird, daß sich das Rechtgefühl des Arbeiters dagegen aufbäumt. Nimmt man nun noch hinzu, daß die Landarbeiter kein Koalitionsrecht haben, Streiks und Verabredungen zu Streiks bis zu anderthalb Jahren Gefängnis in Preußen bestraft werden können, dann möchte man auf den Gedanken kommen, ein Stück der alten Leibeigenschaft sollte wieder erstehen. Das Kontraktbruch-Gesetz ist unter den heutigen Umständen für die Landarbeiter das, was das Rudsthausgesetz für die Industrie-Arbeiter war.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ giebt sich der zuverlässigen Erwartung hin, daß im Landtage jedes Kontraktbruch-Gesetz so lange abgelehnt werde, bis ein klares, den heutigen Zeit- und Rechtsverhältnissen entsprechendes einheitliches Recht für die Diensthoten und Landarbeiter geschaffen sei. „Wir können und“, bemerkt die „Königliche Volkszeitung“ dazu, „dieser Erwartung nur anschließen. Ein Gesetz, wie das dem preussischen Landtage vorliegende, würde zwar die konsequente Ausgestaltung der bestehenden Bestimmungen sein, aber diese Bestimmungen selbst sind unvereinbar mit dem Geiste der gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte.“

Diese Centrumskritik an der beabsichtigten Wiedereinführung der Leibeigenschaft in allen Ehren — nur schade, daß die Centrum-

partei im preussischen Abgeordnetenhaus weder nach der „Königlichen Volkszeitung“ noch nach der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ fragt.

Das preussische Dreiklassen-Wahl-Centrum unterscheidet sich in agrarischer Arbeiterfeindschaft ganz und gar nicht von den Konfessionellen. So beruht denn auch die jetzige infame Vorlage auf wiederholten Mehrheitsbeschlüssen des Abgeordnetenhauses, an denen gerade das Centrum mitgewirkt hat.

Am 4. Juni 1902 die Junker über das Kontraktbruch-Gesetz interpellierten, erklärte sich der Centrumsredner Friedrich im Namen seiner Fraktion ausdrücklich für Bestimmungen, wie sie der jetzige Entwurf vorschlägt. Zwar wollte das Centrum keine höhere Bestrafung für Kontraktbrüche Arbeiter, dagegen würde es sich dazu verstehen,

„daß gegen Agenten und Arbeitgeber, welche in doloser Weise die Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten, oder welche solche Arbeiter, wissend, daß sie im Kontraktbruch stehen, dennoch in doloser Weise zur Arbeit annehmen und darin behalten, daß gegen solche Arbeitgeber mit Strafen vorgegangen werden könnte. . . . Was zu diesem Punkte werden allerdings meine politischen Freunde und ich mitgehen“.

Die Bestimmungen, mit denen sich der Centrumsredner für seine Partei einverstanden erklärte, bilden den jetzigen Entwurf. Das Centrum hat also direkt die Kontraktbruch-Vorlage durch seine schon vorher erteilte Billigung beantragt. Das kann auch dem rheinischen Centrumsblatt unmöglich unbekannt sein. Das Centrum treibt also wieder das alte Doppelspiel: eine radikale, demokratisch gefärbte Pressekritik und ergreaktionäre Handlungen. Mit den schönen Freiheits- und Gerechtigkeitsworten wird aber nicht die Thatsache aus der Welt geschafft, daß das Centrum in erster Linie die Verantwortung für die ganze herrschende Reaktion trägt. Oder wird etwa das Centrum, wozu es die Macht hätte, die nichtswürdige von ihm selbst als Leibeigenschafts-Gesetz anerkannte Vorlage zu Falle bringen? —

Der Vorschlag der allgemeinen Militärpflicht in England.
London, 28. Mai. (Fig. Ver.) Die „Königliche Kommission“, die die Organisation der Miliz und Freiwilligen zu untersuchen hatte, ist in ihrer Mehrheit zur Ueberzeugung gelangt, daß die Sicherheit Englands die Einführung der allgemeinen Militärpflicht nach kontinental europäischem Muster verlangt. Die Mehrheit der Kommission erklärt: „Nach dem Zusammenbruch der alten Wehrmethoden haben die Staaten des europäischen Festlandes folgende Grundsätze angenommen: erstens, daß die ganze männliche Bevölkerung, soweit sie körperlich tüchtig ist, im Gebrauch der Waffen ausgebildet werden soll; zweitens, daß die Ausbildung während einer Periode ununterbrochener Dienstes unter der Fahne geschehen soll, und drittens, daß die Instruktionen speziell dazu ergehen und hochgebildet sein müssen. Wir sind überzeugt, daß dies der einzige Weg ist, eine numerisch starke und militärisch tüchtige Armee zu schaffen, wie wir sie zur Abwehr einer Invasion nötig haben.“

Die Mehrheit der Kommission erklärt weiter, daß ein Jahr genüge, um eine gute militärische Ausbildung zu erhalten, die durch nachträgliche Übungen während einiger Wochen im Jahre vervollständigt werden könne. England brauche 350 000 Soldaten zur Verteidigung der Heimat; eine solche Armee wäre schon einige Jahre nach der Durchführung der Kommissionsvorschläge verfügbar. Der Bericht hat selbstredend großes Aufsehen erregt; die Mehrheit der Blätter verhalten sich skeptisch oder ablehnend. Mindestens wird es einer langjährigen Agitation bedürfen, ehe die englische Demokratie die allgemeine Wehrpflicht acceptiert. —

Deutsches Reich.

Handelsvertrags-Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn.
Nachdem kürzlich zwischen Oesterreich und Ungarn die Verständigung über ihren neuen Zolltarif erfolgt ist, sind heute vormittag die österreichisch-ungarischen Delegierten zur Vorberatung des neuen Vertragsstoffs hier in Berlin eingetroffen und hat heute nachmittag bereits die erste Sitzung unter Vorsitz des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rüdiger stattgefunden, an der auch der österreichisch-ungarische Votschafter v. Szöghony-Mariß teilnahm. Vorläufig handelt es sich um die Vahlungnahme der beiderseitigen Unterhändler und die Feststellung der hauptsächlichsten Forderungen jeder der beiden Parteien. Ist dieses Ziel erreicht, so sollen die Verhandlungen auf einige Wochen unterbrochen und dann mit der eigentlichen Leistung begonnen werden.

Als endlich eine Einigung erfolgt, wird jedenfalls noch viel Zeit verstreichen. Diese Auffassung scheint auch in der deutschen Regierung die vorherrschende zu sein, denn einerseits mahnt die offiziöse Presse, doch nicht durch allerlei Glossen über die Aussichtslosigkeit der Verhandlungen die fremden Unterhändler noch anspruchsvoller zu machen, als sie ohnehin schon sind, und andererseits wird in halbersteter, aber doch deutlicher Form an die fremden Delegierten die Drohung gerichtet, daß wenn an ihrer Unnachgiebigkeit des Zustandekommens eines neuen Vertragsstoffs zweifeln sollte, die deutsche Regierung den neuen deutschen Zolltarif Kardorffscher Gebamunkunst schließlich doch in Kraft setzen werde.

Nachdem schon in ihrem letzten Wochenrückblick die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ über die Stärkung der Position der fremden Unterhändler durch die linksstehende deutsche Presse beweglich geklagt hat, schreibt in ihrem gestrigen, aus Berlin bezogenen offiziellen Leitartikel die Münchener „Allgemeine Zeitung“:

„Während die Beauftragten der deutschen Regierung, mit denen sie verhandelt, ihre Forderungen stellen, können sie (die fremden Unterhändler) beständig von Zeit zu Zeit in deutschen Zeitungen lesen, diese Forderungen seien viel zu hoch und könnten und würden niemals zustanden werden. Und zum Ueberflus wird ihnen noch weiter gesagt: die Folge des Nichtzustandekommens des Handelsvertrages werde sein, daß der Kaiser den Kanzler entlassen werde. Nun sind doch die fremden Unterhändler lung genug, um ganz genau zu wissen, daß ihre Unnachgiebigkeit das Gewicht derartiger, von Hause aus vielleicht gar nicht so bedeutungsvoller Proteststimmen erheblich vermindern muß. Dagegen wird man von Ausländern nicht erwarten können, daß sie über das Maß dieser Wirkung ein vollkommen zutreffendes Urteil haben. Sie werden vielmehr, da doch jeder Mensch bis zu einem gewissen Grade geneigt ist, was ihm wünschenswert erscheint, auch für wahrnehmlich zu halten, das ihnen günstige Schwergewicht der deutschen Opposition überschätzen und sich dem Glauben hingeben, ihre Hartnäckigkeit könne vielleicht doch den deutschen Reichskanzler schließlich für seine Stellung fürchten lassen und seinerseits zur Nachgiebigkeit zwingen. Insofern sind die erwähnten deutschen Proteststimmen allerdings „Anwalte des Auslandes“, denn sie ermuntern die fremden Unterhändler direkt zur Hartnäckigkeit gegenüber den Forderungen unserer eignen Regierung.“

Zugleich aber wird nach der anderen Seite hin erklärt, daß es völlig verkehrt sei, anzunehmen, die deutsche Regierung werde, wenn keine neuen Handelsverträge zu Stande kämen, die alten zu erneuern resp. zu verlängern suchen: „Die Regierung wird jede erdenkliche Mühe aufwenden, um die Kündigung der alten Handelsverträge vor dem sicheren Abschluß neuer auf der Grundlage des neuen Zolltarifs zu vermeiden, aber die Kündigung wird doch eintreten müssen, wenn die Unnachgiebigkeit der fremden Regierungen einen andern Weg zur Wahrung der deutschen Interessen gemäß dem neuen Zolltarif nicht gestattet.“

Wie komisch nehmen sich dieser ängstlichen Ermahnung gegenüber die großen Trüben aus, mit denen Graf Willow die denkwürdige Dezembernacht des Jahres 1902 einleitete, in der „das große vaterländische Werk des Zolltarifs“ zum Abschluß gelangte. —

Die Nordlandsfahrt-Mitteilung unserer vorigen Nummer wird von der „Staatsbürger-Zeitung“ als irrtümlich erklärt. Wir hatten auf Grund anderer Blätter berichtet, daß die Abgg. Kröfchel und v. Damm von der Wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages für die Freifahrt ausgelost worden seien. Nach der „Staatsbürger-Zeitung“ jedoch hat Abgg. Liebermann v. Sonnenberg die der Wirtschaftlichen Vereinigung zugestellte Karte dem Reichstags-Bureau zurückgegeben. —

Militär-Schlageri. Wie die „Danziger Zeitung“ meldet, hat am Sonnabendabend gegen 8 Uhr eine erbitterte Schlageri zwischen Mannschaften des Trainobattalions und der in Langfuhr garnisonierenden Leibkürassierbrigade stattgefunden. Eine größere Anzahl Personen, meistens Husaren, wurden verletzt, fünf so schwer, daß sie ins Garnisonlazarett übergeführt werden mußten. Ein Polizist, welcher einzuschreiten versuchte, wurde durch einen Säbelhieb über den Arm verletzt. Die Ruhe war erst nach längerer Zeit wieder hergestellt. Die Ausschreitung wird nun jedenfalls noch bedauerliche Folgen für die Beteiligten haben. —

Neufreih, 30. Mai. Der Großherzog Friedrich Wilhelm ist heute nacht 12 1/2 Uhr verstorben. Der Großherzog, der an einem Blasenleiden litt, vor schon viele Monate bettlägerig. Gestern nachmittag verschlimmerte sich plötzlich sein Zustand und es trat ein rascher Kräfteverfall ein. — Heute vormittag 11 Uhr fand die Beerdigung der Truppen auf dem neuen Landesherren statt. —

Südwestafrika.

Ueber die jetzige Gliederung der deutschen Streitkräfte wird amtlich mitgeteilt:

Hauptabteilung in Oshandja unter Führung des Oberst Leutwein: Major v. Mählenfeld: 9. Compagnie Oberleutnant Steinhausen, 10. Comp. Hauptmann Wilhelm, 11. Comp. Hauptmann Gansser. Major v. d. Hende: 5. Comp. Hauptmann Guber, 7. Comp. Hauptmann Brentano. Artillerie-Abteilung: Hauptmann v. Heubredt: 4. Batterie Oberleutnant v. Müller, 5. Batterie Hauptmann Stahl, 6. Batterie Hauptmann Rembe. Witold: Leutnant Müller v. Berned. Maschinengewehr-Abteilung: Hauptmann Dier. Funkentelegraphen-Abteilung: Oberleutnant Häring.

Nordabteilung: Oberleutnant v. Jilow, später Oberleutnant Volkman, 8. Comp. Leutnant Jehr. v. Reibnig, Halbatterie Oberleutnant v. Radai, 2 Maschinengewehre, Oberleutnant zur See Wosidlo.

Abteilung Major v. Ghorff: 1. Comp. Hauptmann Graf zu Solms-Wildenfels, 2. Comp. Oberleutnant Ritter, 4. Comp. Oberleutnant Epp, 6. Comp. Hauptmann v. Wangenheim, 4 Maschinengewehre Oberleutnant Graf v. Saurma-Jelisch; Artillerie-Abteilung Hauptmann v. Derpen, 2. Batterie Leutnant Jehr. v. Hirschberg, 8. Batterie Oberleutnant Bauhus. Bastards: Oberleutnant Ostlin.

Off-Abteilung (in Dijihaena in Quarantäne): Führer Major v. Glasenapp: Comp. Hauptmann Fische, Comp. Hauptmann Lieber, Maschinengewehr-Abteilung, ein Teil des Transportes Winkler.

Detachiert sind: 13. Comp. Oberleutnant v. Winkler (Rest des Transportes Winkler) führt die Gegend Gobabis-Eupuro, Comp. Hauptmann Häring in Outjo führt die Etappenstraße Karibib-Outjo, Comp. Schering in Otjoana führt die Etappenstraße Otjoana-Onjatu, Comp. Hauptmann v. Kopp befindet sich im Süden des Schutzbezirks, Hauptmann Franke mit der Besatzung von Omaruru und der 12. Comp., Oberleutnant Jehr. v. Weld, säubert die Gegend von Omaruru.

Im Süden.

Ueber die Lage und Aussichten im Soudan wird dem „Berliner N. N.“ eine wenig günstige Schilderung aus Wam b ad vom 24. März gesandt. Zusammenfassend wird darin berichtet:

„Was nun die jetzige allgemeine Lage im Süden des Schutzgebietes anbelangt, so kann man diese nicht als rosig schildern. Die Hottentotten, welche am Dranje stehen, haben allerdings schwere Tage hinter sich, diejenigen in den Kharrasbergen aber, die sich keineswegs für besiegelt halten, sind frecher denn je. Die Farmer sitzen vielfach noch in der Nähe von Beetmanshoop, weil sie nicht wagen, auf ihre Plätze zurückzukehren. Es herrscht eben allgemein der Glaube, daß die Hottentotten in den Kharrasbergen bei günstiger Gelegenheit wieder aufständisch werden und dann Nord und Süd durch schwerer Art an der Tagesordnung sein wird. Den Bedingungen des Friedensvertrages ist seitens der Bondels nur teilweise Genüge geleistet. Von etwa 500 bis 600 Gewehren, die schädlingsweise in ihrem Besitze sein dürften, sind etwa 250 abgegeben worden. Die Bondels sagen jetzt selbst, daß sie nur die Gewehre abgegeben hätten, zu denen die Munition ausgegangen war. Die Verhandlungen mit der Kapkolonie betreffend Auslieferung der Mörder der Station Habis ziehen sich sehr in die Länge, so daß noch nicht einer von ihnen in unsere Hände ist.“ —

Ausland.

Politik der Vertagung.

Paris, 28. Mai. (Fig. Ver.) Die letzte Woche hat ein eigenartiges Schauspiel. Sie galt den Vorbereitungen zur „großen“ Debatte über den Konflikt mit dem Vatikan. Die Stellung der Antiklerikalen schien nun auf dem ersten Blick von selbst gegeben: sie hätten danach streben sollen, den Konflikt zu verschärfen, den halben Entschluß der Regierung, die Abberufung des Votschafters unter Aufrechterhaltung der Votschaft am Vatikan, zum Ausgangspunkt eines wirklichen und definitiven Bruches mit der römischen Kurie und der Staatskirche zu gestalten. In Wirklichkeit aber war die große Masse der ministeriellen Antiklerikalen einzig darum besorgt, es ja nur bei jenem halben Regierungsentschluß bewenden zu lassen. Und die fürchterlichsten Anstrengungen, nicht von der Stelle zu rücken und rücken zu lassen, wurden von den ministeriellen Sozialisten mit Jaurès und Briand an der Spitze gemacht!

Der Grund ihres Verhaltens ist ihre unausrottbare übertriebene Furcht vor jedem Schatten einer Gefahr für das Kabinett Combes. Wenn der rechtsstehende Flügel des Bloc die Taktik des Stillstehens forderte, so blieb er seinem grundsätzlichen Standpunkt der Ablehnung der Trennung zwischen Kirche und Staat treu. Die Sozialisten des Bloc aber opferten wieder einmal das Interesse einer grundsätzlichen Forderung ihrer ministeriellistischen Voreingenommenheit und Venglichkeit.

So schrieb Jaurès vor der Debatte: „Am folgenden Tage nach der Abberufung des Votschafters die republikanische Mehrheit gerütten und die Regierung erschüttern, hieße dem Papsttum eine Revanche verschaffen. Das wäre ein Verbrechen und eine Tollheit, zu denen wir uns nicht hergeben werden. Wir werden den aufzögerlichen Anklagen wie den tatsächlichen Mandatwiderstehen. Wir werden jeden Antrag, welcher er auch immer sei, jede Tagesordnung, welche sie auch immer sei, ablehnen, die sich nicht darauf beschränken wird, zu bestätigen, daß die gesamte republikanische Partei die Abberufung des Votschafters billigt.“ In ähnlicher Weise hofft er auf die „Logik der Thatsachen“, die zum Strebenziel der republikanischen Partei führt. Ein optimistischer Fatalismus, der so oft, zuletzt in der Dreyfuß-Krise mit ihren „unvermeidlichen“ antimilitaristischen Ergebnissen, Lügen gestraft wurde.

Zu den „aufrichtig Unlingen“, die ohne jeden antiministeriellen Hintergedanken die Gunst der Situation auszunutzen trachteten, ge-

hört vor allem der unverbesserliche bürgerliche Demokrat alter Schule, Clemenceau, der die ganze Woche hindurch Regierung und Mehrheit zu überreden suchte, das Eigen zu schmieden, so lange es heiß ist. Auf die Erfahrung gestützt, bemerkte er Jaurès gegenüber: „Inzwischen wird die Stunde vorübergegangen sein. Vergebens wird dann Jaurès sagen: „Jetzt ist der von mir gewählte Augenblick da, wo die gouvernementale Tapferkeit sich frei entfalten kann.“ Er wird bald erkennen, daß die Disciplin des Stillstehens die schlimmste Vorbereitung zu Kühnen Initiativen ist. Die öffentliche Meinung, die heute lebhaft aufgeregt ist durch die uns vom Vatikan zugesagte Beleidigung, wird durch neue Ereignisse nach verschiedenen Richtungen abgelenkt werden. Und wir werden wieder einmal das Schicksalswort vernehmen: „Zu spät!“

Die Kammerdebatte hat selbstverständlich im Sinne von Jaurès, nicht im Sinne von Clemenceau geendet. Wie in der Presse, so tragen auch in der Kammer die ministeriellen Sozialisten den ersten Preis des Bremsens davon. Ihr Redner, Briand, hat so schön die Schwierigkeiten der Trennung zwischen Kirche und Staat, die Auslosigkeit jeder sofortigen trennungsfreundlichen Kundgebung, die Heilsamkeit der ebenso halbten wie erzwungenen Regierungsgesetze dargelegt, daß dem Ministerpräsidenten nichts mehr in dieser Richtung zu sagen übrig blieb, daß Ribot selbst, der Führer der liberalen republikanischen Republikaner, in Briands Rede eine Neu-Auslage des glorieichen bougeois Opportunismus mit berechtigter Ironie gontieren durfte. „Wir verlangen von der Regierung nicht“, sagte Briand, „sich zu Gunsten der Trennung auszusprechen; aber wir fordern, daß sie sich nicht dagegen ausspricht.“ Nun, dieser fürchterlichen „Forderung“ konnte Combes leicht und gern nachkommen. Ja, er konnte gefahrlos ein übriges thun — die Entscheidung über das Konkordat der beiden Kammern, die gegen die Trennung sind, anheimstellen und der Ansetzung der Beratung des Kammerentwurfes, betreffend die Trennung zwischen Kirche und Staat, auf den Beginn des Jahres 1905 seine Zustimmung geben. Andererseits aber betonte er, daß so lange das Konkordat zu Recht bestehe, auch die diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan aufrecht erhalten werden müßten. Das heißt, auch bei der nächsten Budgetberatung werden die Kredite für die Vatikan-Votschaft nicht gestrichen werden dürfen, sondern höchstens nur das Gehalt des Votschafters. In diesem letzteren Sinne hatten dann auch schon vor der Debatte die ministeriell-sozialistischen Abgeordneten Pressensé und Grelon den alljährlichen Antrag auf Streichung der Votschaftskredite gemildert.

Der Konflikt bleibt also nach wie vor der Debatte auf dem alten Fleck, eben deshalb aber wird er der Verhandlung einen Schritt näher gebracht, insofern nicht der Vatikan für neuen Rindstoff sorgt. Gelöst der absonderliche Umstand, daß der päpstliche Nuntius, Lorenzelli, in Paris verbleibt, ist von den Ministeriellen ruhig hingenommen worden, ebenso wie die Regierung unter dem Still-schweigen ihrer Getreuen die beleidigenden Neuherungen Lorenzellis über die Abberufung des französischen Votschafters ruhig heruntergeschluckt hat.

Die logische Krönung der ausweichenden Debatte war die Vereinbarung der „gesamten republikanischen Partei“ — einschließlich der Radikalen! — auf der ausweichenden Resolution der Bloc-Gruppen, die einzig die Abberufung des Votschafters billigt. Die Resolution wurde mit 427 gegen bloß 95 Stimmen votiert. Hingegen vereinigte der vom revolutionär-sozialistischen Abgeordneten Allard trefflich begründete Resolutionsantrag auf sofortige Kündigung des Konkordats bloß 146 gegen 385 Stimmen, unter den letzteren die ministeriell-sozialistischen Stimmen, d. h. etwa hundert Stimmen weniger als ein ähnlicher Antrag im Vorjahre.

Ueber die Haltung des ministeriell-sozialistischen Redners Briand schreibt Clemenceau mit ebenso heftiger wie berechtigter Ironie: „Ich hätte niemals geglaubt, daß ein ehemaliger Organisator des Generalstreiks, ein revolutionärer Sozialist so viel Weisheit in seiner Brust bergen könnte. Ich weiß nicht, was die Vergeßlichkeit der Gegenwart sein wird; wenn sie aber den tausendsten Teil der Schwierigkeiten darbietet, die Herr Briand entstehen sieht, wenn man ihm von der Abschaffung der französischen Votschaft am Vatikan spricht, so kann Herr Briand (der meinistliche Lyoner Bankier) ruhig schlafen: Herr Briand wird ihn nicht aufwecken.“

Allseitige Angst der maßgebenden Faktoren war die Signatur der Debatte und ist die Signatur des Konflikts. Der Vatikan fürchtet die Trennung, und die Regierung neigt dem Bloc fürchtet sie noch mehr. Die ministeriellen Sozialisten wünschen die Trennung, aber noch mehr fürchten sie die Spaltung des in der Frage gespaltenen Blocs und Ministeriums. Dazu die Furcht der treuen Ministeriellen vor den Republikanern. Die notwendige Folge einer Situation, wo die Kämpfenden einander fürchten, ist die Vermehrung einer Kraftprobe, die Politik der Vertagung, verfüllt durch zornige Geberden und donnernde Drohungen. —

Frankreich.

Todesmarsch.

Paris, 30. Mai. Bei dem gestrigen Wettmarsch über 45 Kilometer, der vom „Matin“ mit Ermächtigung und Unterstützung der Militärbehörde veranstaltet worden war und an dem 2000 Soldaten teilnahmen, sind zahlreiche Unfälle infolge von Sonnenstich und Ueberanstrengung vorgekommen. Ein Korporal starb abends in einem Krankenhause. Das Befinden einer Anzahl von Teilnehmern wird als beunruhigend bezeichnet. Verschiedene Blätter greifen den Kriegsminister in schärfster Weise an, weil er die Erlaubnis zum Wettmarsch, der lediglich zu Reklamezwecken vom „Matin“ veranstaltet sei, erteilt habe.

Deputiertenkammer.

Oberst Rouffet, liberaler Republikaner, legt Vertrohung ein gegen den gestrigen Wettmarsch von Soldaten, der den Tod von vier Soldaten zur Folge gehabt habe. Er bedauert diesen Marsch, der nur Reklamezwecken gedient habe. (Reifall rechts und in der Mitte.) Kriegsminister Andre erwidert, wenn dieser Marsch unheilvolle Folgen gehabt habe, beklage er sie und bedaure, zu diesem Marsche seine Zustimmung gegeben zu haben. Fünfundsiebenzig Teilnehmer hätten Aufnahme in Krankenhäusern gefunden; von diesen sei einer gestorben und sechs seien ernstlich krank. Von 42 Teilnehmern habe man keine Nachricht. Der Minister schließt mit der Erklärung, er werde keinen derartigen Wettmarsch mehr erlauben. (Allgemeine Bewegung.) Die Kammer nahm mit 304 gegen 270 Stimmen die einfache Tagesordnung an, mit der sich der Kriegsminister einverstanden erklärt hatte. —

Der Umschwung im Pariser Gemeinderat. Der Gemeinderat hat das Ergebnis der letzten Wahlen besiegelt, indem er mit 44 gegen 81 Stimmen den Ministeriellen Desplas zum Präsidenten wählte. Die 81 gegen ihn abgegebenen Stimmen vereinigten sich auf den nationalistischen früheren Präsidenten Deville. —

Belgien.

Die Wahlen.

Die Wahlen für die ausstehende Hälfte der Mitglieder des Senats und der Repräsentantenkammer haben am Sonntag stattgefunden. Soweit bisher Nachrichten vorliegen, ist der Erfolg, besonders bei den Kammerwahlen, auf der Seite der Liberalen, die nach langem Rückgang sich eines Aufschwunges erfreuen. Nach einer Herold-Meldung aus Brüssel haben die Liberalen neun Sitze gewonnen und keinen verloren. Die Liberalen verlieren sieben Sitze und gewinnen zwei. Die Sozialisten verlieren fünf Sitze und gewinnen einen. Die Kammer wird sich voraussichtlich zusammensetzen aus 91 Liberalen, 43 Liberalen, 30 Sozialisten und zwei Christlich-Demokraten. Die liberale Mehrheit geht damit um fünf Mandate zurück. Genauere Biffern sind noch abzuwarten.

Von den Brüsseler Senatswahlen erzählt das „Verl. Tageblatt“: Gewählt sind vier Katholiken, die zwei Siege verlieren, vier Liberale, die einen Sieg verlieren, zwei Socialisten, die zwei Siege gewinnen, und ein Independent.

Italien.

Der Konflikt-Papst. Aus Rom wird vom 20. Mai gemeldet: Es wird berichtet, daß der Papst am 2. Juni aus Anlaß seines Geburtstages alle Kardinäle in Audienz empfangen wird. Er wird eine Ansprache halten über den Streit mit Frankreich. Es wird berichtet, daß der Papst nicht geneigt ist, sich von seinem Staatssekretär Merry del Val zu trennen. Es verläutet ferner, daß Rußland mit dem Vatikan in einen Konflikt geraten ist. Der Papst hätte größere Freiheiten für die griechisch-katholischen Bischöfe in Rußland verlangt. Darauf war eine vermeintliche Antwort erfolgt. Der Papst scheint überhaupt dem Vatikan wenig geneigt zu sein und zwar aus Anlaß des Verhaltens der katholischen Missionare in Japan.

Türkei.

Zweite Offiziere in der türkischen Armee. Aus Saloniki wird vom 20. Mai berichtet: Gestern leisteten 25 fremde Offiziere, italienische, österreichische, englische, französische und russische, dem Sultan den Treueid. Nicht vereidigt wurden 5 Oberste der Großmächte, darunter der deutsche Oberst von Alten, die die Uniformen ihrer Länder beibehalten.

Asien.

Hongkong, 28. Mai. Die chinesischen Kanonenboote, welche auf Veranlassung des Vizekönigs in Canton nach Macao geschickt waren, um die Auslieferung eines dorthin vor den chinesischen Gerichtsbehörden Geflüchten zu verlangen, haben jetzt wieder Macao verlassen. Die portugiesischen Behörden haben die Maßregeln, wodurch einem Landungsversuch der Chinesen begegnet werden sollte, eingestellt. Die Untersuchung gegen den Flüchtling nimmt ihren Fortgang.

Aus Tibet. Nach einem Telegramm der „Daily Mail“ aus Chumbi wurde am 28. d. M. ein Angriff auf ein dem britischen Lager bei Chongste nahe liegendes, von den Tibetern besetztes Dorf gemacht, bei welchem Lieutenant Garfin und drei Sepoys fielen, drei Offiziere und neun Mann verwundet wurden. Das Dorf wurde nach eifrigem Kampfe genommen; die Tibetern hatten schwere Verluste, 87 Mann wurden gefangen genommen.

Äfrika.

Unsicherheit in Marokko. Der maurische Räuber Kaisuli, der den Amerikaner Perdicaris und den Engländer Barclay bei Tanger entführt hat, hat an die Vereinigten Staaten sehr weitgehende Bedingungen für deren Freigabe gestellt, welche als unannehmbar erklärt wurden. Das aus den Schiffen „Atlanta“, „Marietta“ und „Gastine“ bestehende südatlantische Geschwader der Vereinigten Staaten hat Befehl erhalten, von Teneriffa nach Langer zu gehen und sich dem dort liegenden Kreuzer „Brooklyn“ anzuschließen; das europäische Geschwader, aus den Schiffen „Olympia“, „Baltimore“ und „Cleveland“ bestehend, ist angewiesen, von den Azoren nach Langer zu gehen.

Aus Langer wird vom 30. Mai gemeldet: Der große Kreuzer „Brooklyn“ ist heute hier eingetroffen, die andern Schiffe des amerikanischen Geschwaders werden nachfolgen. Wie berichtet wird, verschlimmert sich die Lage des von dem Räuber Kaisuli gefangen genommenen Amerikaners Perdicaris.

Der Krieg in Ostasien.

Ueber das weitere Vordringen der Japaner liegen heute keine Meldungen vor. Dagegen stehen reichlich die Schilderungen über die furchtbare Schlacht bei Mantschu.

Die Russen wissen sich aus ihren Niederlagen zu helfen. Sie haben ein ganz einfaches Mittel gefunden. Als die Japaner den Yalu überschritten, mah man dem in Petersburg „keine strategische Bedeutung“

bei. Auch jetzt klingen die russisch-offiziellen Telegramme, die auch von den deutschen „Sonderberichtsblättern“ getreulich übermittelt werden, als ob die Russen sich absichtlich von den Japanern haben zurückwerfen lassen. Also wird der große Sieg der Japaner aufgeföhrt:

Petersburg, 30. Mai. Der „Russischen Telegraphen-Agentur“ wird aus Vladivostok von heute gemeldet: Infolge der Unmöglichkeit, die Stellungen im Süden von Mantschu ohne Unterstützung durch die Flotte zu behaupten, hatte die russische Stellung nur demonstrative Bedeutung. Sie war mit Geschützen, die im Jahre 1900 den Chinesen abgenommen worden waren, besetzt und nur mit geringem Schießvorrat versehen. Die Befestigung dieser Stellung durch die Japaner, die unter großen Verlusten der letzteren erfolgte, ändert die Lage nicht.

Den Wert dieser russischen Botschaft ermisst man, wenn man einen Blick auf die Karte wirft, die zeigt, daß Mantschu die ganze Halbinsel beherrscht.

Ueber die Schlacht bei Mantschu

gehen die folgenden Telegramme noch nähere Einzelheiten:
Tokio, 28. Mai. (Meldung des „Reuterschen Bureaus.“) Das japanische Geschwader, welches an dem Angriff auf Mantschu teilnahm, lief am Mittwoch in die Bucht von Mantschu ein. Stürmische See verhinderte aber das Geschwader, sofort einzugreifen. Als das Wetter sich gebessert hatte, näherte sich das Geschwader am Donnerstag früh der Küste und beschloß die russischen Batterien, während die Torpedobootsflotte ihr Feuer auf die Eisenbahn bei dem Schwauffleisen richteten und Lösungen vornahm. Der Ansturm der Japaner auf Mantschu war einer der wildesten und blutigsten in der modernen Kriegsgeschichte. Während des ersten Sturmes wurde jeder Offizier, jeder Mann weggeschossen, ehe er die erste russische Linie erreichte. Bei dem letzten Versuche, der durch das Feuer der Artillerie unterstützt wurde, gelang es, die russische Linie zu durchbrechen. Ein großes Glück war es für die Japaner, daß die Windebrüche aufgefunden wurden; wären die Minen explodiert, so hätten die Japaner ungeheure Verluste erlitten und die Russen hätten ihre Stellungen halten können. Um 11 Uhr vormittags waren die Hauptbatterien der Russen zum Schweigen gebracht und zwei russische Feldbatterien zogen sich nach Hanhwanling zurück, von wo sie die Japaner bis zum Anbruch der Nacht beschossen. Japanische Infanterie ging bis auf Geschützweite vor, als sie auf einen Drahtgarn traf. Als sie eine Oeffnung gefunden hatten, ungefähr 200 Meter von der russischen Linie entfernt, gingen die Japaner zum Sturmangriff vor, wurden aber zurückgeworfen. Die japanische Artillerie eröffnete ihr Feuer wieder und gegen Abend nahm eine japanische Abteilung einen Teil der Verschanzungen; die übrigen japanischen Truppen gingen, von diesem Erfolge ermutigt, vor und waren bald darauf im Besitze des Hügel.

Tokio, 29. Mai. General Oku berichtet: Die Kriegsbeute belief sich auf 68 Kanonen und 10 Maschinengewehre, außer vielem andern Kriegsmaterial. Unfrei Verluste betragen ungefähr 8500 Mann, während der Feind über 500 Tote auf dem Schlachtfelde ließ.

London, 30. Mai. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Tokio der Bericht des Generals Oku über die letzten Kämpfe auf der Liautung-Halbinsel in folgender ausführlicher Fassung gemeldet: Wir beendeten, berichtet der General, unsere Vorbereitungen zum Angriff am 25. Mai und begannen um Mitternacht desselben Tages unser Vorgehen. Das Wetter war stürmisch und es herrschte tiefe Dunkelheit. Trotzdem unternahm ein Teil unserer Streitmacht den Angriff auf Mantschu, das bald eingenommen wurde.

Unser Angriff auf Mantschu sollte um 4 Uhr 40 Minuten früh beginnen; infolge des herrschenden Nebels fing indessen keines der Geschütze, die dem Befehl des Generals Utschijama unterstanden, zu feuern an; erst von 8 Uhr morgens an erhielten wir die Unterstützung von vier unserer Kriegsschiffe von der Mantschoubucht aus.

Der Feind erwiderte das Feuer mit sämtlichen Geschützen und ein heftiger Kampf entspann sich. Nach drei Stunden ließ das Feuer der russischen Infanterie nach und darauf rückte unsere Infanterie vor. Auf der Höhe von Dalng lag ein Dampfer, auf den die Russen Geschütze gebracht hatten, und diese begannen nun auf unsere dritte Division zu feuern.

Um 10 Uhr vormittags machte der Feind einen Versuch, bei Tsangdinhwan aus fünf dichtbesetzten Bataillonen Truppen zu landen, als diese jedoch unsere Mannschaften vordrängen sahen, zogen sie sich zurück. Bei Tsangdinhwan und im Süden von Hanlau hatten die Russen vier Geschütze aufgestellt, welche aus einer Entfernung von 7000 Metern bis um 7 Uhr abends auf unsere dritte Division schossen und unser Feuer unwirksam machten. Unfrei Geschütze hatten ihre Aufstellung, aber die russische Infanterie verteidigte sich heroisch und es konnte bis 6 Uhr abends keine Breche für einen Vorstoß unserer Infanterie gelegt werden.

Während des weiteren Kampfes drang unsere dritte Division so weit vor, daß sie vom Feinde ganz umzingelt wurde. Die Russen verstärkten daher ihre Infanterie zu unserer Linken und zwei ihrer Batterien bei Hanhwanling beteiligten sich an dem Gegenangriffe, der zurückgeworfen worden. So entschlossen wir uns zu einer letzten großen Anstrengung mit gesammelter Macht. Unfrei Batterien gaben schärferes Feuer und die Infanterie der ersten Division ging mit ungläublicher Tapferkeit zum Angriff vor, aber sie erlitt unter dem heißen Feuer des Feindes schwere Verluste und wurde aufgehalten, ehe sie die vorderste Stellung gewinnen konnte. Glücklicherweise begannen unsere Schiffe wieder auf die linke Flanke des Feindes zu feuern, unterstützt durch unser viertes Artillerie-Regiment.

Unsre 4. Division griff nun mit gewaltiger Anstrengung den russischen linken Flügel an und gewann die Höhen unter mächtigem Ausbruch der Begeisterung; darauf nahmen die Truppen der ersten und dritten Division, die über die Leichen ihrer Kameraden fortstürmten, die russischen Laufgräben und die Forts in einem Kampfe von Mann gegen Mann, der mit Schwert, Pistole und Bajonett ausgefochten wurde, und vertreiben den Feind in wirrer Flucht von seinen letzten Verteidigungslinien. Ein Teil unserer Truppen verfolgte den Feind und unsere Geschütze sandten ihm ihr Feuer nach.

Unsre Truppen feierten das Ende des stolzen Lagerwerks mit jubelnden Rufen, dann schloßen sie auf dem Schlachtfelde. Wir machten eine Anzahl Offiziere und Mannschaften zu Gefangenen; ferner fielen in unsere Hände eine Lokomotive, drei Scheinwerfer, ein Dynamo, 50 Minen, zahlreiche Gewehre, viel Schießvorrat und anderes Kriegsmaterial.

Das japanische Pulver.

Washington, 28. Mai. Amtliche telegraphische Berichte aus Japan heben die furchtbare Gewalt des japanischen Pulvers hervor, dessen Bereitung Geheimnis sei. Die Explosion der mit diesem Pulver gefüllten Geschütze setze die amerikanischen Artilleristen in Staunen. Die schwersten, panzerdurchschlagenden Geschütze, obwohl sie nur eine kleine Ladung des Pulvers enthielten, zerplatzten in zahllose feine Stücke, die mit solcher Gewalt in die Luft geschleudert wurden, daß sie alles, was ihnen Widerstand leistet, zertrümmern.

15. Verbandstag der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker).

Hannover, den 28. Mai 1904.

Hünfter Verhandlungstag.

Die heutige Vormittags-Sitzung setzte die Specialdebatte über „Verbandsagitiation“

fort. Die einzelnen Anträge, die in großer Zahl vorliegen, wurden Punkt für Punkt erledigt und abgestimmt. Eine längere Debatte zeitigte nur der Antrag Augsburg: für Süddeutschland einen Agitationsbeamten mit dem Sitz in Augsburg anzustellen. Der Referent beantragte Ablehnung, während Redakteur Goldschmidt den Antrag auf Grund persönlicher Erkundigungen an Ort und Stelle befürwortete. Schumacher-Düsseldorf hat, um niemand zu bevorzugen, alles abzulehnen. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag mit 85 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Ebenso auch der Antrag, den Ausbreitungsbezug Ortsvereine eine bestimmte jährliche Summe zu überweisen. Diese Unterführungsfälle sollen vielmehr von Fall zu Fall vom Zentralrat festgelegt werden. Betreffs der Diäten an Agitationsredner usw. soll es bleiben wie bisher. Die beantragten höheren Diäten wurden abgelehnt. Die Anträge, die sich mit der Aufforderung an den Zentralrat, sich mehr als bisher mit der Herausgabe von sozialpolitischen Prospekturen und Flugblättern beschäftigen, wurden sämtlich angenommen. Ebenso beschloß der Verbandstag, das Verbandstags-Protokoll in gekürzter Form möglichst weit zu verbreiten. Der Antrag auf Herausgabe eines eignen Gewerksvereins-Kotizkalenders fand dadurch erledigung, daß Verbandstaktiker Klein die Erklärung abgab, der Zentralrat werde versuchen, das bestehende Adressendirektorial zu einem Kotizkalender auszugestalten.

Der Antrag rheinischer Ortsverbände, in Berlin eine Rednerschule zu gründen, in der alljährlich 10-20 jüngere Mitglieder aus allen Gewerksvereinen in einem zehnwöchentlichen Kursus volkwirtschaftliche Fragen gelehrt werden, rief eine lebhafte Debatte hervor. Die Kosten der Schule soll der Zentralrat, die Kosten des Aufenthalts der Schüler in Berlin und den Betrag des Lohnausfalles die Klasse des Gewerksvereins tragen, dem die Schüler angehören. Redakteur Goldschmidt empfahl diesen Antrag, während andere Delegierte Bedenken hatten und die Ansicht vertraten, wer etwas werden wolle, werde es auch so. Er habe genügend Gelegenheit in den Diskussionsklub der Ortsverbände. Auf Antrag Buch-Siegen wurde der Antrag dem Zentralrat zur Erwägung überwiesen. Weiter wurde beschlossen, den Zentralrat mit der Herausgabe einer „Geschichte der deutschen Gewerksvereine“ zu beauftragen. Dieses Werk soll den Mitgliedern käuflich zugänglich gemacht werden.

Die Anträge des Zentralrates bezüglich der „Auskunftsstellen und Arbeitersekretariate“ wurden abgelehnt. Es waren dafür die gleichen Gründe maßgebend, die in der Generaldebatte erörtert wurden.

Durch einen Antrag des Ortsvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter Düren i. Rhld., in Zukunft den Mitgliedern auch an den Unfall-Schiedsgerichten Rechtschutz zu gewähren, sobald es möglich sei, sich von einem Rechtsanwalt vertreten zu lassen, ergab sich die Gelegenheit, auf die Unkenntnis einer großen Zahl von Arbeitern in der Versicherungsgegebung hinzuweisen. Ein Rechtsanwalt sei das „unglücklichste Objekt“, das man für die Schiedsgerichte finden könne. Ueberdies habe ein Rechtsanwalt nicht das Recht gegen Entgelt jemand vor dem Schiedsgericht zu vertreten.

Angenommen wurde auch ein Antrag der Maschinenbauer und Metallarbeiter Berlin VIII, der dem Zentralrat den Auftrag erteilt, mit aller Energie die Gründung von Gewerksvereinen solcher Berufe zu betreiben, die im Verbands-Verzeichnis der Gewerksvereine noch nicht vertreten sind, z. B. der städtischen Arbeiter, Gasarbeiter, Papierarbeiter, Gärtner, Hausdiener, Musiker, Köche, Photographen, Verkehrsarbeiter, Brauer, Fleischer, Kellerer, Glasarbeiter, Barbieri, Hutmacher, Korbmacher, Buchbinder und viele andere Berufe, zu versuchen.

Einstimmig angenommen wurde ferner ein Antrag rheinischer Ortsverbände: Der Verbandstag wolle beschließen: Die Pflege der Arbeiterinnen- und Frauen-Organisation, auf Grundlage des Gewerksvereins deutscher Frauen, ist die hervorragendste Pflicht jedes Gewerksvereins und Sozialpolitikers. Alle Kräfte müssen zu diesem Zweck angepannt werden, alle Berufsvereine haben gleiches Interesse an der Förderung der Arbeiterinnen-Organisation. Das rechtfertigt Ausnahmemaßregeln im vollsten Umfang, welche geeignet sind, die heute noch schwache Bewegung zu stärken. Der Zentralrat wird weiterhin aufgefordert, den Frauen-Gewerksverein nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und Kräfte energisch zu unterstützen.

Ohne Debatte wurde der Antrag des Ortsvereins der Maschinenbauer Hannover angenommen: „Der Verbandstag möge das Bureau beauftragen, die Wahlen der Vertreter zum Reichs-Versicherungsamt frühzeitig einzuleiten, damit eine Ueberrumpelung von Seiten der Gewerkschaften in Zukunft vermieden wird.“

Endlich lag dem Verbandstage noch folgende Resolution vor, die der Referent zum Punkt: „Verbandsagitiation“, Ziegler-Düsseldorf, eingebracht hatte: Der 15. ordentliche Verbandstag erklärt: In Anbetracht des enormen Wachstums der Arbeitgeber-Organisationen, die sich in den letzten Monaten centralisiert und auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete den Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft aufgenommen haben, und in fernerer Erwägung, daß die mit großen Schritten vorwärtseilende freie Gewerkschaftsbewegung in ebenso dringender Weise eine Stärkung der deutschen Gewerksvereine erheischt, erachtet der Verbandstag die einzelnen Berufs-Gewerksvereine, in verstärkter Weise in die Agitation einzutreten und mit allen Mitteln eine vermehrte Anteilnahme an öffentlichen Leben herbeizuführen. Zu diesem Zwecke sollen die einzelnen Gewerksvereine bei jeder passenden Gelegenheit die Mitglieder auf die Notwendigkeit der Zahlung höherer Beiträge hinweisen und auf ihren Generalversammlungen eine solche Erhöhung herbeizuführen suchen, vor allen Dingen um Geldmittel zur Durchführung einer größeren Agitation und für wirtschaftliche Kämpfe zur Hand zu haben. Ferner muß Wert darauf gelegt werden, jüngere Mitglieder zu gewinnen, und darauf, sie als Agitatoren auszubilden und unabhängig zu stellen, um den Gewerksvereinen alle intelligenten und schaffensfreudigen Kräfte zu erhalten. Ein wesentliches Mittel zur Erziehung und Anflutung der Mitglieder ist die Presse. Darum sollen die Gewerksvereine großen Wert legen auf den Ausbau ihrer Fachblätter, die nach Raum und Inhalt zu erweitern sind, wie auch besonders die kleinen Gewerksvereine zur Schaffung solcher Blätter übergehen sollen. Ferner werden die Generalräte und Mitglieder der einzelnen Gewerksvereine ersucht, begründete oder fortgeführte Gewerksvereine, (lokale oder provinziale) Blätter in jeder möglichen Weise zu unterstützen.

Da Meinungsverschiedenheiten in der Pressefrage auftauchten, wurde die Beschlußfassung bis nach der Mittagspause vertagt.

Ein Protest des Verbandstages.

Dem Verbandstage wurde darauf noch folgende Resolution unterbreitet: Der 15. ordentliche Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine zu Hannover nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis davon, daß die Berliner „Volks-Zeitung“ den Beschluß des Verbandstages statt „Arbeitskammern“ „Arbeiterkammern“ zu verlangen, dahin auslegte, als ob nunmehr eine Aenderung der bisherigen bewährten Grundsätze der Deutschen Gewerksvereine eintreten würde. Der Verbandstag erklärt, nach wie vor an den bisherigen Grundsätzen festzuhalten und auf dem neutralen Boden, den die Deutschen Gewerksvereine einnehmen, weiter zu arbeiten. Der Verbandstag weist sich nach Beurteilung der Gewerksvereins-Grundsätze in Uebereinstimmung mit dem Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch und dem Verbands-Redakteur Karl Goldschmidt.

Diese Resolution, die von 20 Delegierten eingebracht ist, wurde zur Debatte gestellt.

Redakteur Goldschmidt führte aus: Er habe sich gefreut, als diese Resolution ihm zur Begutachtung vorgelegt worden sei. Er erkläre aber ausdrücklich, daß ihr jede persönliche Spitze gegen die genannte Zeitung fernliege. Auch ihm persönlich liege jeder Vorwurf fern. Es sei das Recht der Presse, Kritik zu üben. In dem Artikel aber habe der Verfasser, den er unter den jetzt nicht mehr anwesenden Gästen des Verbandstages suchen zu sollen glaube, hervor, daß die Zeitung eine schwere Niederlage erlitten habe. Der Artikel habe dadurch verwirrend auf eine Reihe von sozialdemokratischen und bürgerlichen Zeitungen gewirkt. Ziegler-Düsseldorf versteht nicht, warum man bei jedem Angriff mit einer Antwort bei der Hand sein muß. Schließlich könnte man Montagnachmittag gegen 150 Zeitungen Stellung nehmen. Jedenfalls müßten die einzelnen Zeile der Resolution getrennt werden. Er könne nicht für ein solches Vertrauensvotum stimmen, zumal bereits eine andre derartige Resolution vorläge. Winter-Berlin (Schulz) schließt sich den Ausführungen Ziegler's an. Wir haben dann die Behauptung aufgestellt, daß man den Standpunkt der Gewerksvereine verfolge. Das seien Herr Goldschmidt und Herr Tröger gewesen. Nur Goldschmidt sei an der ganzen Sache schuld. Dietrich-Rixdorf (Zischer) bedauert es tief, daß überhaupt solche Resolutionen unter den Delegierten herumgereicht werden. Die Zähler hätten keinen Grund, die Abstimmung für Arbeiterkammern zu bedauern, die jetzt durch eine solche Resolution befähigt werden sollte. Nicht nur die „Volks-Zeitung“, auch andre Zeitungen, so das „Berliner Tageblatt“ hätten, wenn auch in anderer Form das Gleiche gesagt. Er beantrage, den Antrag niederzulassen.

Da mittlerweile die Zeit zur Mittagspause herangerückt war, die Vortragsteller sich auch nochmals in Rücksicht auf die vorliegende Vertrauensresolution besprechen wollten, so wurde die Beschlußfassung vertagt.

Sofort bei Beginn der Nachmittags-Sitzung erklärte dann der Vorsitzende Clason, daß empfohlen würde, die Resolution zurückzulassen und dafür folgende zur Annahme vorgelegt werde, durch die sich die erste erledige. Diese Resolution, die einstimmig angenommen fand, lautet:

Resolution.

Der 15. ordentliche Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine zu Hannover spricht dem Herrn Anwalt, dem Verbandsredakteur Goldschmidt und den Verbandsbeamten Rudolf Klein und Wilhelm Petersdorff Dank und Anerkennung aus für die in den letzten drei Jahren geleistete rege und pflichttreue Tätigkeit.

Entgegen den wiederholten und ebenso oft widerlegten Behauptungen der Gegner unserer Organisation, daß die Deutschen Gewerksvereine einer politischen Partei dienen, erklärt der Verbandstag von neuem: Die Deutschen Gewerksvereine sind partei- und kirchenpolitisch neutral und ihre Neutralität wird dadurch nicht berührt, daß führende Mitglieder der Organisation parlamentarische Mandate bekleiden, weil diese politische Betätigung außerhalb der Organisation jedem freien Manne gestattet sein muß.

Ueber das Verbandsorgan

referierte sodann der Verbandsredakteur Karl Goldschmidt. Er erklärte von vornherein, daß die Presse des Verbandes nicht mehr ausreiche. Der Stoff häufe sich mitunter derartig an, daß Artikel acht Wochen gelegt blieben, bis sie zum Abdruck kämen. Er lege daher dem Verbandstag das ihm bekannte Projekt einer eignen Tageszeitung auf dreier liberaler Grundlage vor, das er seiner Zeit den Mitgliedern der Gewerksvereine vorgelegt hatte. Er bat, wenn man dem schon die Tageszeitung nicht wolle, den „Gewerksverein“ wenigstens dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen.

Die lebhafteste Debatte, die sich an das ausführliche Referat knüpfte, zeigte, welches Interesse dies in den Gewerksvereinen bereits besprochene Thema findet. Bei der Abstimmung wurde alles die Tageszeitung betreffende abgelehnt, bis auf den Antrag Oldenburg, der verlangte: Der Verbandstag wolle beschließen: Der Zentralrat ist verpflichtet, spätestens bis zum 1. Oktober 1904 eine täglich erscheinende nationale Zeitung herauszugeben. Diese ist so einzurichten, daß der vierteljährliche Abonnementspreis inkl. Postgebühr 2 M. nicht übersteigt. Der Antrag wurde dem Zentralrat überwiesen, der beabsichtigt, die Frage durch Abstimmung aller Gewerksvereinsmitglieder zu erledigen. Das Gleiche war der Fall mit einem Antrag Schwelbnig, der verlangte, der Zeitung den Namen „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ (Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine) zu geben.

Die Errichtung einer eignen Druckerei wurde dem Zentralrat zur weiteren Berücksichtigung dringend empfohlen. Der Zentralrat soll sich wegen Ausbringung der notwendigen Kosten mit den Generalräten ins Einvernehmen setzen.

Siebter Verhandlungstag.

Es wurde zunächst die von Ziegler-Düsseldorf zur Verbandsagitiation eingebrachte Resolution angenommen,

nachdem die Worte: „und in fernerer Erwägung, daß die mit großen Schritten vorwärts eilende freie Gewerkschaftsbewegung“ gestrichen waren.

Am Sonntag war die Tagungszeit nur für die Zeit von 1/2 9 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags angelegt.

Ueber die Anträge zum Verbandsstatut referierte Punkt für Punkt Balduin Berlin. Der größte Teil der meist abgelehnten Anträge betraf interne Fragen. Eine kurze Debatte forderte der Antrag Stettin: „Die Delegierten des Verbandstages und Vertreter der einzelnen Gewerksvereine verpflichten sich, in ihren Gewerksvereinen dahin zu wirken, daß in Zukunft an den Orten, wo Frauen-Gewerksvereine bestehen, andre Gewerksvereine keine weiblichen Mitglieder weder in die Gewerksvereine, noch Krankens- und Begräbnis-kasse aufnehmen dürfen, sondern dieselben den Ortsvereinen der Frauen und Mädchen überweisen.“ Die Fabrik- und Handarbeiter gaben bekannt, daß sie einen derartigen Beschluß schon lange gefaßt hätten. Der Antrag wurde angenommen.

Ferner beauftragte der Verbandstag die Ortsverbände, dafür Sorge zu tragen, daß Vertrauenspersonen geschaffen werden, die dafür zu sorgen haben, daß hinzuziehende Mitglieder der verschiedenen Gewerksvereine die Mitgliedschaft nicht verlieren. — Der Antrag, die Verbandstage nur alle fünf Jahre statt alle drei Jahre abzuhalten, wurde ebenfalls angenommen. Das Bewilligungsrecht der Bureauverfassung wurde von 50 auf 200 W. erhöht.

Einige Delegierte, die abreisen müssen, verabschiedeten sich. Darunter Sommer Berlin (Kaufleute), der glaubt, daß es für seinen Verein schwere Kämpfe kosten wird, um ihn nach der Erhöhung der Verbandsbeiträge beim Verband zu erhalten. Einige Delegierte halten die Beschlüsse für sehr glücklich. — Darauf wurde die Beratung (letzte Sitzung) auf Montag 8 Uhr vertagt.

Partei-Nachrichten.

Socialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz.

In Kreisruhe fand am Sonntag eine Konferenz socialdemokratischer Mitglieder der Gemeindevertretungen statt. Die Konferenz war besucht von 130 Gemeindevertretern; dazu kamen als Gäste einige Stadträte und socialdemokratische Bürgermeister. In ganz Baden sind in 62 Orten socialdemokratische Vertreter in der Gemeindeverwaltung und zwar sind gewählt von der I. Wählerklasse 18, von der II. Klasse 90 und von der III. der sogenannten minderbewerteten Klasse 776 Vertreter. Außerdem stellt die Socialdemokratie 28 Gemeinde- und Stadträte und 3 Landbürgermeister. Von den 62 Orten sind auf der Konferenz 40 vertreten.

Die Konferenz wurde eingeleitet mit einem Vortrag des Genossen Stadtrat Dreesbach-Mannheim über die Hauptaufgaben der socialdemokratischen Vertreter in den Gemeinde-Körperschaften. Redner besprach zunächst die bairische Gemeinde-Ordnung mit ihren Ergänzungen; viele Bestimmungen seien äußerst reaktionär und durchaus veraltet. Stadtvordordnete bezim. Bürgerausschüsse, wie diese Körperschaft in den Landgemeinden heißt, sind nahezu reaktionär; sie haben keine Initiative, nur ein Bewilligungsrecht, das noch mit gewissen Klauseln umgeben ist. Das Schwerste liegt im Stadt- bzw. Gemeinderat. Es müsse verlangt werden, daß das Verhältnis umgedreht werde. Selbstverständlich sei allgemeine, gleiche und direkte Wahl für alle Gemeindebewohner zu verlangen. Die Stadträte müssen befördert werden, der ehrenamtliche Charakter giebt den Bürgermeistern zu großes Uebergewicht. — Im weiteren vertrat Redner unsere durch das socialdemokratische Gemeindeprogramm festgelegten Forderungen. Diese Programme sind in der Hauptsache die gleichen, es braucht also auf den Teil nicht weiter eingegangen zu werden.

Die Diskussion war sehr lebhaft; man hat zum Ausdruck, daß man sich die Konferenz etwas anders gedacht hatte. Das Thema war zu allgemein. In Zukunft sollen mehr Spezialfragen behandelt werden, z. B. Gemeindegesetzgebung, Steuer- und Schulfragen, Forst- und Jagdwesen, Armen- und Bürgervereine etc.

Zum Schluß nahm die Konferenz eine Reihe Anträge an, deren wichtigste hier folgen: 1. Es ist eine Centralstelle zu errichten, in der socialdemokratische Anträge aus den Gemeindeverwaltungen u. gesammelt werden; 2. die socialdemokratischen Gemeindevertreter sind verpflichtet, in den Gemeindeverwaltungen Petitionen an den Landtag um Abänderung der Gemeinde-Ordnung zu veranlassen; 3. die socialdemokratischen Gemeindevertreter sollen dahin wirken, daß in allen Gemeinden auch Frauen als gleichberechtigte Faktoren zur Gemeindeverwaltung, vorerst zu der Armen- und Schulverwaltung herangezogen werden, und 4. die socialdemokratische Landtagsfraktion wird beauftragt, im Landtage eine umfassende Schulreform im Sinne der unentgeltlichen, staatlich erhaltenen Einheitschule zu beantragen.

Hestige Meinungsverschiedenheiten in der socialistischen Fraktion des italienischen Parlaments erbrannten im Anschluß an die Frage der Beteiligung socialistischer Abgeordneter an der Untersuchung über die Verhältnisse in der italienischen Marine. Befamlich war Genosse Rossi in die Kommission gewählt worden, hatte aber auf Grund von Angriffen, die darauf in „Avanti“ erschienen waren, die Entscheldung der Fraktion anheingeben. — Während Ferri und einige andre die Meinung vertraten, die Socialdemokraten hätten in dieser Untersuchungskommission nichts zu suchen, war die Mehrheit gegenenteils Ansicht; und schließlich wurde nach einer ebenso langen wie lebhaften Diskussion mit 15 gegen 8 Stimmen Rossi beauftragt, die Vertretung der socialistischen Fraktion in der Untersuchungskommission selber zu übernehmen.

Aus Industrie und Handel.

Hotelbetriebs-Alliengesehschaft, Berlin. Nach dem Geschäftsbericht ist das am 31. März abgelaufene letzte Geschäftsjahr recht erfolgreich gewesen, so daß die Gesellschaft 18 Proz. Dividende verteilen kann. In dem diesmaligen höheren Ertrags hat hauptsächlich der Betrieb des Central-Hotels und des Wintergartens beigetragen, jedoch haben auch andre Betriebe sich weiter günstig entwickelt. Der Reingewinn stellt sich auf 722 708 M. gegen 467 679 M. im Vorjahre. Es wird vorgeschlagen, nach Ueberweisung von 5 Proz. = 32 933 M. (im Vorjahre 19 283 M.) an den gesetzlichen Reservefonds 18 Proz. Dividende gleich 540 000 M. (im Vorjahre 12 Proz.) zu verteilen.

Die Cigarettenfabrik von Georg A. Jasmay u. Co. in Dresden hat bislang aus dem von ihr unternommenen scharfen Konkurrenz-Kampf keinen Vorteil gezogen. Der Verlust für das Geschäftsjahr 1903 erreicht nach Abgrenzungen im Gesamtbetrage von 115 779 M. die Höhe von 227 603 M., der nach Abzug des Gewinnvortrages von 1902 von 46 017 M. und des dem Reservefonds entnommenen Betruges von 2421 M. einen Verlustvortrag auf neue Rechnung von 179 164 M. ergibt.

Rußlands Getreide-Ernte im Jahre 1903. Wie in diesen andren Dingen hinst Rußland auch mit seiner Statistik hinter den westeuropäischen Nationen nach. Erst jetzt wird das Ernte-Ergebnis Rußlands im letzten Jahre bekannt. Nach Angaben des centralstatistischen Komitees waren im Jahre 1903 in den 73 Gouvernements 81 710 793 Dessjätinen besät, und zwar mit Wintergetreide 52 602 018 Dessjätinen und mit Sommergetreide 49 018 776 Dessjätinen. Gegen das Jahr 1902 hat sich die Ausfaatfläche um 2 083 000 Dessjätinen oder 2,6 Prozent vergrößert.

Die gesamte Getreide-Ernte ergab 8 987 732 600 Pud, davon 43,6 Proz. Wintergetreide und 56,4 Proz. Sommergetreide. Trotz der Vergrößerung der Ausfaatfläche ist demnach der Ernte-Ertrag gegen 1902 um 170 545 000 Pud oder 4,2 Proz. zurückgeblieben. Im Vergleich zum Durchschnitt des Jahres 1898 bis 1902 hat aber der Ernte-Ertrag von 1903 ein Mehr von 428 807 000 Pud oder 12,2 Proz. ergeben.

Die beste Ernte der Hauptgetreide-Arten: Roggen, Weizen, Hafer und Gerste entfällt auf die Steppengebiete mit Ausnahme von

Sommerweizen, der in den Weichselgouvernements den höchsten Ertrag gab. Die schlechteste Ernte hatten das europäische Rußland und der nördliche Kaukasus. Der Qualität nach war die Ernte von 1903 etwas schlechter als die von 1902.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

Die den Leipziger Distriktsärzten angebotene sofortige Kündigung ihrer Verträge auf Grund des § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist nur eine Drohung gewesen, die von dem die Verhandlung führenden Regierungsrat Hartmann ausgegangen ist. Es ist den Distriktsärzten mitgeteilt worden, daß die Aufsichtsbehörde zu dieser Maßregel erst greifen werde, wenn die Regierung ihre Zustimmung gebe.

Die Erklärung, daß sie zur Behandlung auch außerhalb ihres Distrikts wohnender Kranken bereit sind (welche das Festhalten an den Verträgen in sich schließt) ist nur von 59 Distriktsärzten unterschrieben worden.

Die in der Generalversammlung der Ortsklasse einstimmig beschlossene Protestresolution lautet:

Die am 27. Mai 1904 tagende Generalversammlung der Orts-Krankenkasse für Leipzig und Umgegend protestiert entschieden gegen die Verordnung der Kreisgesundheitsverwaltung vom 7. Mai 1904 und erblickt darin die nahezu völlige Aufhebung des Selbstverwaltungsrechts der Kasse.

Die Versammlung konstatiert:

1. daß die Verwaltung und Generalversammlung mit Erfolg befreit war, allen Ansprüchen in Bezug auf ausreichende ärztliche Hilfeleistung zu genügen, in Ansehung der Verordnung der Aufsichtsbehörde vom 28. März, wonach die von der Kasse vorgesehene und späterhin eingeführte Regelung der ärztlichen Hilfeleistung als für die Mitglieder bindend anzusehen sei;

2. daß die Mitglieder mit dieser Regelung (Einführung des Distriktsarzt-systems und der Beratungsanstalten) völlig einverstanden waren (Beweis: auch die von 70 000 Mitgliedern unterzeichnete Petition für Beibehaltung des Distriktsarzt-systems) und daß für wirklich begründete Beschwerden über den ärztlichen Dienst sofort von der Kassenverwaltung geeignete Abhilfe geschafft würde;

3. daß nur die einzelnen, zum Teil von den Ärzten konfirmierten Beschwerden, sowie die weiteren Einflüsse der Ärzte für die Entscheidungen der Aufsichtsbehörde vom 7. Mai maßgebend gewesen sein können und bedauert, daß somit nicht die gesetzlichen Gründe, sondern in der Hauptsache die egoistischen Ansprüche der Ärzte für die Entscheldungen der Behörde bestimmend waren;

4. daß die Wiedereinführung der freien Arztbehandlung für die Familienangehörigen bei der schwankenden Stellungnahmeder Aufsichtsbehörde nur unter völliger Preisgabe des Selbstverwaltungsrechts der Kasse und damit der Auslieferung der Kasse an die Ärzte möglich ist und bedauert, daß deshalb von der Einführung der Arztbehandlung der Familienangehörigen Abstand genommen werden muß, um so mehr, als sonst die finanzielle Belastung der Kasse nur durch abermalige Beitragserhöhung ausgeglichen werden kann.

Schließlich erklärt die Versammlung, daß die letztere Maßnahme der Behörde jeden weiteren Ausbau der sozialen Fürsorge verhindern und sie beauftragt den Vorstand, gegen die Entscheidungen der Behörde die weiteren oberen Instanzen anzurufen und die geeigneten Maßnahmen zu treffen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Steinbildhauer kann nunmehr als völlig abgeschlossen betrachtet werden. Nachdem die Lohnkommission, dem Auftrage der am Freitag abgehaltenen Versammlung entsprechend, bei der Firma Kühne vorstellig geworden war, hat auch diese, als einzige, welche die geforderte Lohnerhöhung noch nicht zahlte, diese Forderung bewilligt.

Deutsches Reich.

Der Kampf der Hamburger Kohlenarbeiter gegen die Spar- und Unterstützungs-kassen der Kohlenimporteure, die nach dem Zustand der Hafenarbeiter in den Jahren 1898 und 1897 ins Leben gerufen wurden, um die Arbeitgeber gegen den Kontraktbruch der Arbeiter zu schützen, ist jetzt in das Stadium eines Ausstandes eingetreten. Die Arbeitgeber hatten den Kohlenarbeitern anheimgestellt, die erfolgten Kündigungen bis zum 10. Mai zurückzunehmen. Da dies nicht geschehen ist, ist das Arbeitsverhältnis gestern abgelaufen. Nur wenige Arbeiter sind in ihrem Arbeitsverhältnis geblieben.

Achtung, Dachdecker! Die Firma Schulz u. Sohn, Hamburg, läßt durch einen ihrer Werkmeister Dachdecker-Gesellen nach Hamburg holen. Dieser Werkmeister, Herr Ernst Krems, verschweigt natürlich, daß die Werkstatt bereits seit Weihnachten gesperrt ist; auch wenn die Frage an denselben gerichtet wird, ob Differenzen mit dem Verband bestehen, verneint er dieselbe. So hat der Herr zwei Verbandskollegen von Bremen geholt, dieselben haben aber nicht angefangen, nachdem sie den wahren Sachverhalt erfahren hatten. In Braunschweig hatte derselbe mehr Glück. Es sind zwei Mann mitgenommen, die auch angefangen haben! Darum Vorsicht! Auskunft erteilt S. Fricke, Friederichstraße 19a, II., Hamburg. Um Abdruck werden arbeitervreundliche Blätter gebeten.

Loisbewegung in der Nürnberger Metallindustrie. Am Sonntagvormittag fand in Nürnberg eine zahlreich besuchte Versammlung aller in den Spiel- und Metallwaren-Fabriken beschäftigten Plazhner, Mechaniker, Metallarbeiter, Polierer, Werkzeugschleifer und Arbeiterinnen statt, in der beschlossen wurde, den dortigen Unternehmern die Forderung auf Abschluß eines Tarifvertrages zu unterbreiten. Der Tarif, der am 30. Mai den Unternehmern vorgelegt wird, soll zunächst auf drei Jahre gelten und folgende Hauptforderungen enthalten:

Die Arbeitszeit beträgt 54 Stunden pro Woche. Der Minimallohn für den ersten Ausgelernten, mit Ausnahme der Werkzeugschleifer, beträgt 85 Pf. für Volljährige 43 Pf. für Hilfsarbeiter 30 Pf., für Arbeiterinnen, die beim Zölen, Vermählen oder an Kräftmaschinen beschäftigt sind, 25 Pf. pro Stunde. Den Accordarbeitern wird der Stundenlohn garantiert, die bestehenden Accordsätze sind um 10 Proz. zu erhöhen. Die Kürzung der Accordätze darf erst dann eintreten, wenn in der Woche auf die Stunde durchschnittlich mehr als 65 Pf. kommen. Uebertunden sind zu vermeiden, wenn sie aber absolut notwendig sind, so werden für die beiden ersten Stunden je 25, für die weiteren je 30 Proz. Zuschlag gezahlt. Diese Sätze gelten auch für Accordarbeiter unter Zugrundelegung des Stundenlohnes. Bei schlechtem Geschäftsgang ist die Arbeitszeit zu verkürzen, anstatt daß Entlassungen vorgenommen werden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus diesem Tarif wird ein Tarifamt gebildet, das aus je 5 Arbeitgebern und Arbeitnehmern und einem unparteiischen Vorsitzenden besteht.

Ausland.

Zur Bauarbeiter-Ausperrung in Wien. Die Wiener Bauunternehmer haben ihrer Drohung die Tat folgen lassen. Am Sonntagabend sind von ihnen ungefähr 80 000 Bauarbeiter ausgesperrt worden. Zur Beilegung der Aussperrung der Bauarbeiter fand Sonntagvormittag im Handelsministerium unter dem Vorsitz des Handelsministers Baron Call eine Einigungsverhandlung statt, an welcher Vertreter der Baumeisterei und Gewerkschaft teilnahmen. Man einigte sich auf einem Vorschlag, der den morgen zusammen tretenden Versammlungen der beiden Parteien unterbreitet werden soll. Nach dem Vorschlag soll für die laufende Bauzeit der Minimallohn für die Maurer auf 3,90 Kronen festgesetzt werden, während für die übrigen Arbeiterkategorien der bisherige Minimallohn bestehen bleibt. Für 1905 soll ein Minimallohn von 4 Kronen bewilligt werden.

Steinhauer-Ausperrung in Schweden. Der Berliner Korrespondent des Stockholmer Mattes „Dagens Nyheter“ schreibt seiner Zeitung, daß der seit Anfang Mai dauernde Kampf in der Pflasterstein-Industrie von Bohuslän mit einer Niederlage für die Arbeiter enden müsse, so habe ihm ein deutscher Steinimporteur erklärt. Es sei eine Tatsache, daß die allermeisten schwedischen Exporteure und deutschen Importeure ohne ein Ders Gewinn auf Pflastersteine arbeiteten, und nur in der Hoffnung auf bessere Zeiten und um ihre Arbeiter nicht entlassen zu müssen, den Betrieb aufrecht erhielten. — Diese bei gewerkschaftlichen Kämpfen stets wiederkehrende Unternehmer-Redensart steht im Widerspruch zu der Tatsache, daß die schwedischen Steinexporteure sich sämtlich zu ziemlich hohen Einkommenstufen eingestuft haben, also jedenfalls auch dementsprechend an ihren Unternehmen profitieren müssen. Die Steinhauerbesitzer von Bohuslän haben die Behörden um besonderen Vollschutz für Verladung der Pflastersteine ersucht; man verlangt, daß ein Schiff mit Polizisten bemannt werde, daß überall, wo es nötig erscheint, schnell zur Stelle sein kann.

Der Streik der Verloader der New York-Newhavener Eisenbahn hat dadurch eine weitere Ausdehnung gewonnen, daß die Heizer der Bahn sich ebenfalls weigern, die Arbeit fortzusetzen, wodurch der Verkehr zwischen New Jersey und New York vollständig unterbrochen ist. Ebenso ist der Verkehr zwischen New York und den Plänen New Englands eingestellt. Dagegen lehnen die Newhavener Verloader ab, dem Streik beizutreten. Trotzdem der Präsident der Verloadervereingung der Newhavener Eisenbahn die Aufforderung zu einem allgemeinen Ausstand im Anschluß an den Ausstand der New Yorker Verloader erlassen hat, haben die dortigen Vereinigungen gegen den Ausstand gestimmt.

Verammlungen.

Die Kommunalwahl im 32. und 40. Bezirk. Gestern, am Vorabend des Wahltages, hatten unsre Genossen für jeden der beiden Bezirke eine Versammlung einberufen, um noch in letzter Stunde ein Wort über die Bedeutung dieser Wahlen an die Wähler zu richten. Beide Versammlungen waren sehr stark besucht.

Die Versammlung für den 32. Bezirk fand bei Dase in der Brunnensstraße statt. Genosse Rubeil, der das Referat erstattete, kennzeichnete in scharfer Weise die liberale Mißwirtschaft im Stadtregiment und gab der Erwartung Ausdruck, daß Genosse Reid mit übermächtiger Mehrheit wiedergewählt werde.

Die Versammlung für den 40. Bezirk tagte in der Norddeutschen Brauerei. Hier referierte unser Kandidat Genosse Krons, der die socialpolitischen Aufgaben der Stadtverwaltung klarlegte. Dem Vortrag folgte eine rege Diskussion, in der als erster Redner Genosse Debor die Mäßigkeit des Preisniss kennzeichnete. Im gleichen Sinne sprachen noch einige Parteigenossen, dann schloß der Vorsitzende die Versammlung, die Anwesenden ersuchend, daß sie den Wahltag zu einem Siegestage für unsre Partei gestalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Birmasens, 30. Mai. (W. S.) Vergangene Nacht ist hier die Gerberet des Reichstags-Abgeordneten Leinenweber vollständig niedergedrückt. Der Schaden ist bedeutend.

Hamburg, 30. Mai. (W. S.) Eine schwere Schiffskollision erfolgte bei Korderney zwischen dem deutschen Dampfer „Varjin“ und dem englischen Dampfer „Comrie Castle“, welcher letzterer sehr stark beschädigt und in den hiesigen Hafen gebracht wurde. Dem „Varjin“ wurde der Bug aufgerissen. Menschenverluste sind bei dem Unfall nicht zu beklagen.

Zur Lage der Bauarbeiter-Ausperrung in Wien.

Wien, 30. Mai. (W. Z. U.) Von den Bauarbeitern wurden heute nachmittags neun Versammlungen abgehalten. In fünf derselben wurden die Vereinbarungen, welche in der gestrigen Konferenz unter dem Vorsitz des Handelsministers Baron Call beschlossen wurden, unter der Voraussetzung angenommen, daß diesen Vorschlägen auch die Weiterversammlung zustimme. In diesem Falle würde die Arbeit am 1. Juni wieder aufgenommen werden. Sämtliche Versammlungen stimmten dem Antrage zu, daß die Arbeiterschaft so lange von ihrem Verhalten nicht abgehen solle, bis ein allgemeiner Minimaltarif von vier Kronen bewilligt sei.

In der Plenarversammlung der Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister teilte der Vorsitzende das Ergebnis der vorbereiteten Verhandlungen mit, in welchen man sich dahin geeinigt habe, die Aussperrung der Bauarbeiter so lange aufrecht zu erhalten, bis dieselben die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen würden. Erst dann seien über die höheren Löhne Verhandlungen einzuleiten.

Budapest, 30. Mai. (W. Z. U.) Oesterreichische Delegation. (Schluß.) Auf die Anregung, Remonten nur aus den Remontedepots zu beziehen, erklärt der Kriegsminister, ein solches Verfahren wäre allerdings ideal. Deutschland habe recht daran gethan, die Zahl seiner Remontedepots erheblich zu vermehren, es habe auch das nötige Geld dazu. In Oesterreich aber seien die für den Heresbedarf eingeforderten Summen hinter denen der andren Staaten in den letzten Decennien bedeutend zurückgeblieben. — Die Delegation hat jedoch auch die sogenannten kleinen Budgets erledigt. Die nächste Sitzung ist auf morgen anberaumt.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 30. Mai. (W. Z. U.) Dejeante (Socialist) bringt einen Antrag ein, dahingehend, daß das Gesetz von 1873, durch welches Frankreich dem heiligen Herzen Jesu geweiht wurde, abgeschafft werde. Justizminister Raube nimmt die Dringlichkeit des Antrages an, welcher das Haus mit 308 gegen 231 Stimmen zustimmt. Der Antrag wird darauf der Kommission für den Entwurf über die Trennung der Kirche vom Staate überwiesen. Vor der Beratung des Gesetzes über die zweiährige Dienstzeit unterbreitet Delafosse (unabhängiger Konserverfabriker) einen Gesetzesentwurf, wonach ein einjähriger Dienst mittels Kapitulanten eingeführt werden soll. Krantz (Republikaner) tritt dafür ein, zahlreiche Kapitulanten bei den Grenzregimentern zu haben. Er glaubt, daß man den Dienst auf 18 Monate beschränken könnte, indem man aber die Unteroffiziere fünf bis sechs Jahre behalte. Darauf wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Paris, 30. Mai. (W. Z. U.) Mehrere Blätter melden unter Vorbehalt, daß ein Verwaltungsoffizier im Kriegsministerium verhaftet und auf die Festung Mont Valerien gebracht worden sei. Die Verhaftung hänge angeblich damit zusammen, daß kürzlich im Kriegsministerium ein Heßbetrag von 25 000 Franken entdeckt wurde. Diese Summe soll 1899 während des Dreyfus-Prozesses in Rennes zur Bestechung gewisser Beamten gedient haben.

Ausstand der Verloader.

Chebourg, 30. Mai. (W. Z. U.) Die Verloader sind in den Ausstand getreten. Sie fordern Lohnerhöhung.

Dem russisch-japanischen Kriegshauptquartier.

Tokio, 30. Mai. (Reibung des Reuterschen Bureau.) General Oku meldet, daß die Russen Chentenschempu, Wangolien und Kusbutan (Kalientwan) verlassen haben; östlich von Chentenschempu sind keine Russen bemerkt worden; das Detachement unter General Kalamura besetzte am Freitag Kalientwan und eroberte 4 Geschütze. General Kuroki meldet: Eine japanische Truppenabteilung griff am Sonntagabend bei Aiyangpienmön, nördlich von Fongwangschung, 2000 Kosaken an und schlug sie in die Flucht. Der Kampf begann um 10 1/2 Uhr vormittags und endete nach einer Stunde. Die Japaner hatten 4 Tote und 28 Verwundete. Die Verluste der Russen sind nicht bekannt. Kuroki berichtet ferner über eine Reihe von kleinen Schirmzügen zwischen den beiderseitigen Vorposten, bei denen 8 Russen gefangen genommen wurden.

Stadtverordnetenwahl.

Parteigenossen!
Noch einmal wenden wir uns an Euch alle, Euer möglichstes zu tun, daß bei den heute stattfindenden Nachwahlen im 32. und 40. Kommunal-Wahlbezirk alle Wahlberechtigten zur Wahl erscheinen und ihre Stimme für unsere Kandidaten abgeben.

Die Wahl beginnt vormittags 9 Uhr und endet abends 8 Uhr.
Nachstehend das Tableau der beiden Bezirke:
32. Kommunal-Wahlbezirk.
Kandidat: Redakteur Karl Reid, Brjegerstr. 9.

1. Teil.
Wahllokal: Süddeutsche Brauerei, Anklamerstr. 20 umfaßt die Häuser: Anklamerstr. 10-48, Brunnenstr. 32, 159 und 160, Pfeffelinerstr. 25-57, Griebenerstr. 1-22, Veteranenstr. 15, Biondtirchplatz (ausschließlich Nr. 4), Biondtirchstr. 1-11 und 46-55.

2. Teil.
Wahllokal: 89/96. Gemeindefaule, Schwedterstr. 232, 234 (Turnhalle) umfaßt die Häuser: Bernauerstr. 50, Cremmenerstr. 1-7 und 9-10, Fürstenbergerstr. (ganze), Granseerstraße (ganze), Griebenerstr. 23 und 25a, Kastanien-Allee 36 und 70, Oberbergerstraße 33, Rheinsbergerstraße 30-45, Schwedterstraße 29-52 und 222-245, Swinemünderstr. 1-10 und 118-120, Wollinerstr. 1-9 und 60-71.

3. Teil.
Wahllokal: 25./103. Gemeindefaule, Ruppinerstr. 47/48 (Turnhalle), umfaßt die Häuser: Aronaplay (ganze), Bernauerstr. 28, Brunnenstr. 33-49 und 130-158, Cremmenerstr. 8, Rheinsbergerstraße 2-29 und 46-70, Ruppinerstr. 1-10 und 40-49, Schönholzerstraße (ganze), Swinemünderstr. 11-23 und 107-117, Wollinerstraße 10-21 und 47-58.

40. Kommunal-Wahlbezirk.
Kandidat: Dr. Leo Arons, Bränden-Allee 3.
1. Teil.
Wahllokal: Meyer, Boyenstr. 12, umfaßt die Häuser: Augustahospital und Invalidenhause, Boyenstr. 1-45, Heifischestraße (ganze), Invalidenstr. 37-49 und 84-110, Kielerstr. 1-24, Platz am Neuen Thor (ganze), Scharnhorststr. 1-41.

2. Teil.
Wahllokal: Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58 (hinterer Saal), umfaßt die Häuser: Boyenstr. 46, Chausseestr. 57-81, Dalldorferstraße 1-8 und 89-41, Gerichtstraße 10-16 und 71-78, Hochstraße 47-49, Liesenstr. 1-5a und 16-20, Neue Dohstr. 1-58, Schulgendorferstr. 9-19.

3. Teil.
Wahllokal: Mißbrodt, Müllerstr. 7 (Saal), umfaßt die Häuser: Am Nordhafen 1-8, Dalldorferstr. 9-37, Jenestr. 1-61, Gerichtstraße 58, Kunitzstraße (von Schulgendorfer- bis Ravenshofstraße), Lindowerstraße (ganze), Müllerstr. 1-4, 6-11 und 169-185, Kettelbeckplatz (ganze), Nordufer (von der Ringbahn bis zum Nordhafen), Ravenshofstraße (ganze), Reinickendorferstr. 1-8 und 62-70, Schulgendorferstr. 1-8 und 20-27, Selterstraße (ganze), Tegelerstraße 1-7 und 55-58, Weddingplatz (ganze).

Wir bitten alle Parteigenossen, welche sich heute den ganzen Tag zur Verfügung stellen können, morgens 8 Uhr in nachbezeichneten Wahlbüreaus antwefend zu sein. Außerdem ersuchen wir alle Parteigenossen, die sich nicht den ganzen Tag frei machen können, sich wenigstens am Nachmittag den Büreaus zur Verfügung zu stellen, um die säumigen Wähler noch einmal an ihre Pflicht zu erinnern.

Wahlbüreaus der Partei im 32. Bezirk.
1. Teil bei Stadie, Anklamerstr. 22 (Ant III, 5092).
2. " " Bessen, Cremmenerstr. 1.
3. " " Kofin, Ruppinerstr. 42.
Wahlbüreaus der Partei im 40. Bezirk:
1. Teil bei Biaucha, Boyenstr. 40.
2. " " Jieg, Pflugstr. 6.
3. " " Krause, Müllerstr. 7a.

Mit Parteigruch
Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung! 5. Wahlkreis. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr:
Versammlung des Wahlvereins im alten Schützenhause, Linienstraße 5. Berhandlung des Wahlergebnisses. Vortrag des Genossen Dr. Wehl. Ausschluß von Mitgliedern. Gäste willkommen. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Achtung! Sechster Wahlkreis. Heute abend 9 Uhr finden zur Berhandlung des Wahlergebnisses zwei Volksversammlungen statt und zwar: Für den 32. Kommunal-Wahlbezirk bei Daase, Brunnenstr. 154, und für den 40. Bezirk im Weddingpark, Müllerstraße 178. Zahlreichen Besuch erwartet. Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Lichtenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr spricht Reichstags-Abgeordneter M. Schippel über: Die verschiedenen Maßnahmen der Behörden bei Streiks und Lohnbewegungen. Die Berhandlung findet statt im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 120.

Vorsigwalde. Im heutigen Diskutier-Abend Vortrag des Genossen Diebel über: „Aus der Zeit der Geheimorganisation.“

Reinickendorf. Monatsberhandlung und Diskutierabende des Wahlvereins sind vom Donnerstag auf Dienstag verlegt; heute ist Punkt 8 1/2 Uhr in der Lorne, Nordbahnstr. 11, und bei Franke, Eichborustr. 17, Zusammenkunft.

Schöneberg. Heute Dienstagabend findet im Restaurant Wilhelmshof, Ebersstr. 80, eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: „Die kommunalen Aufgehänge Schönebergs“. Referenten: Stadtverordnete Käter und Dbst. Außerdem: Aufstellung eines Kandidaten für die Stadtverordneten-Erwahl im 9. Bezirk.

Rowames. Mittwochabend 1/2 Uhr findet bei Otto Hienke, Wallstraße, eine Sitzung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Genossen Paul Dirsch-Charlottenburg. 3. Wahl eines Kassierers. 4. Ergänzungswahl zur Lokalkommission. 5. Berordnung von der Kaiserfeier. 6. Kommunale Angelegenheiten. 7. Verschiedenes.

Lokales.

Ein letztes Wort zu den heutigen Stadtverordneten-Erwahlen. Dem Ausfall der Stadtverordneten-Erwahlen, die heute im 32. Bezirk und im 40. Bezirk stattfinden, wird nicht bloß in der daran beteiligten Wählerschaft mit Spannung entgegengefehen. In der That haben diese Wahlen eine Bedeutung, die weit über die beiden Bezirke hinausreicht.

mit der unsre Kandidaten gewählt werden, sich zu einer ernenten, machtvollen Kundgebung des werktätigen, arbeitenden Volkes gegen die besitzende und herrschende Gesellschaft gestalten.
Unsre Gegner erwarten allerdings das Gegenteil. Sie lauern darauf, daß sie aus dem Wahlergebnis, aus einer etwaigen Verminderung der socialdemokratischen Stimmen, die bei den erschwerenden Umständen solcher Erwahlen einem christlichen Parteileiter nicht auffällig erscheinen würde, sich in der üblichen Weise einen „Müdang der Socialdemokratie“ konstruieren können. Sie freuen sich, daß durch die veralteten, für diese Erwahlen noch zu Grunde gelegten Wählerlisten vom vorigen Jahr, seit deren Aufstellung zwei grobe Umzüge stattgefunden haben, besonders der Socialdemokratie die Wahltagation erschwert wird, weil besonders aus der Arbeiterklasse viele Wähler inzwischen bezogen sind. Führer des Freisinnigen schämen sich nicht, in öffentlicher Berhandlung ihre Befriedigung darüber zu äußern. Möge die socialdemokratische Wählerschaft, eingedenk der Bedeutung dieser Wahlen, die Hoffnung der Gegner vereiteln!

Im 32. Bezirk ist der bisherige Vertreter, unser Genosse Redakteur Karl Reid, zur Wiederwahl aufgestellt, nachdem die Richter, die ihn wegen „Majeitätsbeleidigung“ verurteilten, ihm zugleich sein Stadtverordneten-Mandat aberkannt haben. Daß ein Ehrenamt, das durch das Volk vergeben wird, durch Richter genommen werden kann, das ist auch eine von den Wunderlichkeiten der Rechtsanschauungen unsrer Zeit. Doch der Urteilspruch der Richter kann nicht hindern, daß das dem Verurteilten aberkannte Ehrenamt ihm durch das Volk sofort von neuem übertragen wird. Das wird heute geschehen! Bis zuletzt hat nichts darüber verlautet, ob noch von anderer Seite ein Kandidat aufgestellt ist. Aber selbst wenn unsre Gegner uns diesen Bezirk ohne Kampf lassen wollen, so darf doch keiner unsrer Freunde und Parteigenossen, kein socialdemokratischer Wähler — auch keiner, der inzwischen aus dem Bezirk bezogen ist — es für überflüssig halten, seine Pflicht zu thun. Jeder muß von seinem Wahlrecht, das auch die inzwischen bezogenen Wähler noch haben, Gebrauch machen und Reid wählen, damit die herrschende Gesellschaft sieht, daß Volkswahlrecht kein Nichterurteil geht.

Die Wahl im 40. Bezirk ist nach einer andren Seite hin von Bedeutung, und sie hat in den letzten Tagen noch an Bedeutung gewonnen, nachdem dem socialdemokratischen Kandidaten, unserm Genossen Dr. Leo Arons, von unsren vereinigten Gegnern als „gemeinsamer bürgerlicher Kandidat“ ein Vertreter trafterer Interessengruppen entgegengestellt worden ist, der Bauvermeister und Hausbesitzervereins-Vorsitzende Leny. Als „Mann der praktischen Arbeit“ wird er den Wählern angepriesen. Wir kennen diese „Männer der praktischen Arbeit“, in der Stadtverordneten-Versammlung sitzen viele von der Sorte, mehr als zuviel. Hausbesitzer und Unternehmer, das sind diejenigen beiden Interessengruppen, an denen die sociale Rückständigkeit der Stadtverordneten-Versammlung ihren festesten Halt hat. Hausbesitzer und Unternehmer ist Herr Leny! Man sieht, es handelt sich bei dieser unscheinbaren Erwählung um den schroffsten Gegensatz, der zwischen dem arbeitenden Volk und seinen geschworenen Feinden besteht. Es ist bezeichnend, daß für Herrn Leny in der freisinnigen Wählerversammlung, die ihn aufstellte, der freisinnige Stadtverordnete Rosenow war; derselbe, der in der Stadtverordneten-Versammlung, aus den von der Gemeinde beschäftigten Arbeitern eine Vergünstigung erwirkt werden sollte, auf die „Verpflichtung gegen die Privatindustrie“ hinwies und einen abschwächenden Vorschlag unterstützte, weil er fürchtete, daß die Arbeiter privater Unternehmer mit einer gleichen Förderung kommen würden; derselbe Rosenow, der jetzt im Vergoldberstreif in seiner Fabrikanten-Vereinigung mit allem Eifer darauf hingewirkt hat, daß die Fabrikanten sich abnehmend verhalten. Auch so ein freisinniger „Mann der Arbeit“ — in Wirklichkeit: ein Mann gegen die Arbeit!

Doch genug der Worte! Heute gilt es die That, und die ist Sache der Wähler. Mögen unsre Genossen, auch die inzwischen bezogenen, Mann für Mann ihrer Wahlpflicht genügen. Gewählt wird im 32. Bezirk Karl Reid und im 40. Bezirk Leo Arons. Auf zur Wahl, zum Siege der Socialdemokratie!

Schade drum!

Die Schatzmacher haben bekanntlich lebhaft Entrüstung markiert als bekannt geworden war, daß das Amtsgericht zu Rigdorf der Socialdemokratie wegen der Vorgänge bei der dort im November vorigen Jahres abgehaltenen Wahl der Landtags-Abgeordneten keinen Triumph bereiten wollte. Unsre parteigenösslichen Wähler haben sich damals das hohe Verdienst erworben, daß sie die Nichtwürdigkeit des Dreiklassenwahl-Systems besonders efflatant dem öffentlichen Gelächter preisgaben, indem sie sich streng auf den Boden des Gesetzes stellten und alle Absurditäten, die von diesem unangreifbaren Boden aus an dem Wechselbalg von einem Wahlssystem zu enthalten waren, konsequent enthüllten. Ob dieser dankenswerten That schrien etliche Schatzmacher den Staatsanwalt an, der es denn auch mit dem groben Unfugparagrafen gegen unsre Parteigenossen veruchte. Das Schöffengericht lehnte aber die Einleitung des Hauptverfahrens ab — sehr zum Leidwesen unsrer Parteigenossen, die gehofft hatten, die Unsitlichkeit des elendesten aller Wahlssysteme endlich auch einmal vor Gericht demonstrieren zu können. Der Staatsanwalt ließ die Hoffnung unsrer Wähler aber nicht ganz zu Schanden werden und ging noch an die Verurteilung; aber auch die Strafkammer hat jetzt in folgendem Bescheid den Antrag auf Einleitung des Hauptverfahrens zurückgewiesen:

In der Strafsache gegen Weisen-Herling und Genossen wird die Beschwerde der königlichen Staatsanwaltschaft gegen den die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Verübung groben Unfugs ablehnenden Bescheid des königlichen Amtsgerichts Rigdorf vom 17. März 1904 auf Kosten der Staatskasse zurückgewiesen aus den Gründen dieses Beschlusses, welche das Beschwerdegericht sich zu eigen gemacht hat.

Diese Gründe werden auch nicht durch die Ausführungen der Beschwerdeführerin vom 13. April 1904 erschüttert.
Darnächst kann nicht anerkannt werden, daß die Wahlmänner, auf deren Kreis die in Frage kommenden Befähigungen nach den angestellten Ermittlungen beschränkt geblieben sind, ein Publikum im Sinne des § 300¹ des Reichs-Str.-Gesetzbuches seien. Rag ihre Zahl immerhin eine größere gewesen sein, so war sie doch keine unermessbare, wie zum Beispiel diejenige der Mannschaften und Offiziere eines größeren Truppenteils (vergl. in dieser Hinsicht Entsch. d. R.-O. Bd. 10, S. 98 f.), auch standen sie mit Rücksicht auf das ihnen übertragenen Amt, dessen Ausübung sie zusammengefaßt hatte, in gewissen Beziehungen zu einander. Sie können deshalb nur als ein individuell begrenzter Personenkreis angesehen und nicht dem Begriffe „Publikum“ im Sinne des § 300¹ cit. unterstellt werden.

Sind nun die Wahlmänner als Publikum nicht anzusprechen, so spielt allerdings der abgegrenzte Raum, in dem sie sich befunden haben (wennschon er andernfalls ein Hindernis für die Verübung groben Unfugs nicht gewesen wäre, vergl. Entscheidung des R.-O. Band 18 Seite 306) insofern eine Rolle, als er nach den angestellten Ermittlungen verhindert hat, daß die Befähigungen über den Kreis jener hinaus unmittelbare Wirkungen geübet hat. Später mittelbare Wirkungen auf das Publikum, welches der Staatsanwalt nach seiner Beschwerdeschrift vom 21. März 1904 schließlich mit Herabstufung wissen will, können aber für den Begriff des groben Unfugs nicht in Frage kommen. (Vergl. Entsch. d. R.-O. Bd. 19 S. 207, Bd. 31 S. 103 ff., Bd. 32 S. 101.)

Es thut uns ja leid, daß den Schatzmachern die Erfüllung ihres tölpelhaften Verlangens erspart blieb und wir um einen schönen Triumph kamen. Aber man sieht, daß wenigstens der Staatsanwaltschaft kein Vorwurf zu machen ist.

Die Parade-Ferien sollen, wie es scheint, allgemach zu einer festen Einrichtung unsrer Schulen werden. Heute wird auf dem Tempelhofer Felde die übliche Frühjahr-Parade abgehalten, und wieder fällt in den Schulen, in den höheren wie in den Gemeindefchulen, der Unterricht aus. Der ganze Unterschied gegen die Parade-Ferien vom vorigen Herbst ist der, daß diesmal nicht erst am Tage der Parade den in der Schule eintreffenden Kindern vom Ausfall des Unterrichtes Mitteilung gemacht wird und auch nicht durch die Organe der Polizei, sondern bereits am Tage vorher und durch die Organe der Schule selber.

Die Erörterungen, die im Herbst in der Stadtverordneten-Versammlung über jene Paraderferien gepflogen wurden, haben wenig Eindruck gemacht. Das war aber bei der schwächlichen, geradezu demütigen Haltung, die der Magistrat und die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung zu dieser Angelegenheit einnahmen, auch nicht anders zu erwarten. Oberbürgermeister Kirchner begriff gar nicht, was an der Sache denn so schlimmes sei. Er erntete für seine Rede den Beifall des einzigen „Bürgerparteilers“, der damals noch in der Versammlung war, des Herrn Pregel. Der brave Pregel hielt an jenem Tage seine Befannte Hurzarade — es war, wenn wir nicht irren, die letzte Rede, die er vor seinem Ausscheiden aus der Versammlung noch halten konnte.

Klätzler noch benahmen sich die Freisinnigen. Die „Neue Linke“ unter Führung des famosen Rosenow hatte eine Resolution beantragt, die eine Mißbilligung dieser Paraderferien und ihrer Begleitumstände enthielt. Aber die tapferen Männer zogen ihren Antrag, noch ehe er verhandelt wurde, wieder zurück. Die socialdemokratische Fraktion nahm ihn wieder auf, doch außer ihr unterstützte ihn fast niemand, und er wurde abgelehnt. Dafür wurde dann ein Antrag von der „Alten Linken“ eingebracht und von der „Neuen Linken“ mitunterstützt, der dem Magistrat empfahl, bei den zuständigen Staatsbehörden „vorstellig“ zu werden. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Die unterrichtlichen und erzieherischen Bedenken, die gegen die Paraderferien, auch gegen rechtzeitig beamtgemachte, sprechen, werden an zuständiger Stelle offenbar nicht geteilt. Aber vielleicht ist eine Wiederbeschaffung dieser die Schule und die Jugend nicht fördernden Einrichtung zu erwarten, wenn sich zeigt, daß der allergrößte Teil der Schuljugend keinen Gebrauch von ihr macht. Wir empfehlen allen Eltern, ihre Kinder heute nicht in die Paraderstrahlen gehen zu lassen. Es ist durchaus überflüssig, daß sie dort die Reiben der Gaffer noch vermehren. Wie uns in später Abendstunden noch mitgeteilt wird, fällt auch in den Vororten der Schulunterricht der Parade wegen aus.

„Zum 25jährigen Geburtstage der ersten elektrischen Bahn, 31. Mai 1879—1904“, betitelt sich eine von der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske herausgegebene Festschrift, welche in Wort und Bild die Entstehung und Entwicklung des elektrischen Bahnbetriebes zur Darstellung bringt. Auf dem ersten Bilde sehen wir die kleine, elektrische Lokomotive, welche Werner u. Siemens auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1879 im Betriebe vorführte; auf den drei Anhangswägeln haben neben dem genialen Erfinder Angehörige und Freunde der Familie u. Siemens, im ganzen 18 Personen Platz genommen. Die erste Rundfahrt fand am 31. Mai, also heute vor 25 Jahren, statt und dieser Tag ist daher als der Geburtstag des elektrischen Bahnbetriebes anzusehen; ehe er sich Bahn sprach, verging freilich noch lange Zeit. Werner u. Siemens bewarb sich zwar alsbald um die Erlaubnis, in der Friedrichstraße zu Berlin eine elektrische Hochbahn anlegen zu dürfen; der Plan scheiterte aber, besonders an dem Einsprüche der Hausbesitzer. Auch andre Vorschläge wurden abgelehnt; man verties die Firma Siemens u. Halske auf „passendete Verhältnisse“ in der Umgegend von Berlin. Und so war es der Gemeinde Grob-Lichterfelde beschieden, am 16. Mai 1881 die erste dem öffentlichen Verkehr dienende elektrische Bahn dem Betriebe übergeben zu können. Die 20 Personen fassenden Wagen dieser Bahn fuhren bereits mit einer Geschwindigkeit bis zu 40 Kilometer pro Stunde, trotzdem der Arbeitsstrom nur eine Spannung von 180 Volt aufwies. Es folgte in demselben Jahre die erste elektrische Bahn mit oberirdischer Stromzuführung, welche Siemens auf der Pariser Weltausstellung vorführte, und im folgenden Jahre wurde eine Strassenbahn in gleicher Weise von Charlottenburg nach dem Spandauer For eröffnet. Die Festschrift schildert dann noch in anschaulicher Weise die elektrischen Fahrversuche auf der Wannesebahn, der Wiener Staatsbahn und, mit Drehstrom-Betrieb, im Charlottenburger Wert der Firma, sowie auf der Versuchsbahn bei Lichterfelde-Rehendorf, auf welcher den Fahrzeugen Drehstrom von 10 000 Volt Spannung unmittelbar zugeführt wurde. Die hier erprobten Einrichtungen bildeten die Grundlage für die Schnellfahr-Versuche der Studiengesellschaft auf der Mittelbahnstrecke. Erwähnen wollen wir noch, daß die „erste elektrische Lokomotive der Welt“ von der Firma Siemens u. Halske dem „Museum der Meisterwerke“ zu München überwiefen worden ist. Am heutigen Jubiläumstage werden sich die Chef- und Oberbeamten der Firma zu einem internen Festmahl vereinigen.

Die von der Berordnung gegen den Straßenhandel bedrohten Händler und Händlerinnen haben an die Berliner Bevölkerung ein Flugblatt gerichtet, worin die Bedrängten die Offenheit auffordern, ihre Interessen wahrzunehmen zu helfen. Es heißt in dem Aufsat:

„Seit Jahren fahrt man einen Vernichtungskampf gegen uns, gegen unsre Existenz. In der Hauptstadt des Reiches, dessen Verfassung den Satz enthält: „Kein Deutscher darf in der Ausübung des Gewerbebetriebes beschränkt werden“, darf der Polizeipräsident zu einer Abordnung Straßenhändler, die ihn bitten, von geplanten Verschärfungen abzusehen, sagen: „Was meinen Sie, wie das aussieht (?!), wenn die Weiber so in der Leipzigerstraße stehen“ (man denke: ein preußischer Polizeipräsident als ästhetischer Kunstrichter); in dem Rechtsstaat, dessen Bürger nach dem Befehl alle gleich sind und ebenfalls nach dem Befehl volle Gewerbefreiheit haben, darf ein Staatsanwalt gegen eine Händlerin eine recht hohe Strafe beantragen, „damit das Gesindel von der Strafe wekommt!“

Mit der Tagesordnung: „Der Todesstoß gegen den Straßenhandel und seine Abwehr“ werden Mittwochabend 8 1/2 Uhr drei Volksversammlungen in folgenden Lokalen abgehalten: Germania-Brachhale, Chausseestraße 108, Referent: Alfred Dpiz; Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10, Referent: Anton Zimmer; Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Referent: Arthur Moriz.

In gemischter Deputation, zu der vom Magistrat fünf Mitglieder gewählt sind und von der Stadtverordneten-Versammlung noch zehn Mitglieder zu wählen sind, soll über die Errichtung eines Denkmals für Rudolf Virchow beraten werden.

Der Stadtverordneten-Versammlung ist eine Vorlage über die besonderen Entwürfe zu einem Verwahrungshaus nebst Pflegerhaus bei der dritten Anstaltsbau in Buch sowie über mehrere besondere Entwürfe zu Gebäuden beim Rudolf Virchow-Krankenhanse zugegangen. Diese 11 Gebäude sind mit 1 028 000 R. veranschlagt.

Eine Gemeinde-Doppelschule beabsichtigt der Magistrat in Moabit auf südlichem Gelände zwischen Perleberger- und Quilowstraße zu errichten und gleichzeitig den angrenzenden Hof der S. Realschule um etwa 220 Quadratmeter zu vergrößern.

Bücherei-Geschäftsklub. In den Berliner Verlagshandlung hatte der Vorstand der Ortsgruppe Berlin der Allgemeinen Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen schon im vergangenen Jahre das Gefuch gerichtet, während der Sommermonate um 6 Uhr das Ge-

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Sieben ist erschienen:
Sozialdemokrat. Agitations-Bibliothek
= Zeitbilder aus dem Klassenstaat =

II. Heft:
**Der Zukunftsstaat
der Junker**

Manifeste gegen die
Sozialdemokratie

Im preussischen Herrenhaus am
11. und 13. Mai 1904

Mit Einleitung u. Anmerkungen
von Kurt Gisdner

Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.

Es ist durchaus wünschenswert,
dass die Reden dieser Führer des
sozialdemokratischen Junkertums in
den weitesten Volkskreisen be-
kannt werden. Aus Rücksicht vor
der Sozialdemokratie (Schleichen
diese „Edelsten der Nation“ ihre
finsternen Pläne, die auf die Ver-
nichtung der wenigen Freiheiten
hinausgehen, deren sich das
deutsche Volk noch rühmen kann.
Um Antwort und in den An-
merkungen sagt der Verfasser
die Richtung unserer Partei zu
den Ausführungen der konser-
vativen Redner.

Wiederverkäufer erhalten
Rabatt.

Zinsfreie Teilzahlung. Vorteilhaft. Sparsystem.

Mit zinsfr. Teilzahl. von monatl.
20 M. an verk. in einer der aus-
sichtreichsten Villen- u. Land-
haus-Kolonien des westl. Vorort-
verkehrs baureife Wald- u. Land-
parzellen nahe Bahnhof. 6/11*

K. Lüder, Kesselstr. 8.

Von der Reise zurück
Dr. Eugen Haagen.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Ueber die Tätigkeit der unteren Verwaltungsbehörde. Bericht-
erhalter Kollege A. Stumps.
2. Bericht der Kommission in Sachen der geplanten Auskunftsstelle im
Schiedsgericht.
3. Diskussion.
4. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. — Um pünktliches und zahlreiches
Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
H. U.: F. Pieschel, Vorsitzender.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Mittwoch, den 1. Juni 1904, abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein,
Alte Jakobstr. 75:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Magnus Hirschfeld: „Aus dem Geschlechts-
leben“. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Da der Vortrag ein sehr belehrendes ist, so liegt es im Interesse der
Kollegen, die Versammlung pünktlich und zahlreich zu besuchen. 177/10

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“.

Gau 9, Bezirk Berlin.

Mittwoch, 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke, Brunnenstr. 188:
Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Tätigkeitsbericht. 2. Bericht vom Bundesstag.
3. Verschiedenes.
Bundeskarte oder Abzeichen legitimiert.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Sonntag, den 5. Juni cr.: Bezirksstour nach Bernau-
Biesenthal-Lanke. Abfahrt früh 6 1/2 Uhr in Weihensee. Café Betting.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“

Berlin.

Die nächste Vereinsversammlung findet der Bezirks-
versammlung wegen am Donnerstag, den 2. Juni statt.
Die Mitglieder werden ersucht, in der Bezirks- sowie Vereinsversamm-
lung vollständig zu erscheinen. — Gäste sind in unserer am Donnerstagabend
9 Uhr im Vereinslokal S a b r. 8 stattfindenden Versammlung willkommen.
16385

Der Vorstand.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 8):

Mitglieder-Versammlung
der Sektion der
Fliesenleger des Central-Verbandes der Maurer.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
143/20

Der Sektions-Vorstand.

**Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer
Berlins und Umgegend.**

Mittwoch, den 1. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, im „Artus-Hof“,
Perlebergerstr. 26:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen F. Hertel über: „Betrachtungen des
Weltalls“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen, speziell der Moabiter Kollegen, erwartet
129/11

Der Vorstand.

**Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Haut- und Harnleiden.**

Spezialarzt für (1/3*)
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Achtung! Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, dass die

Bezirks-Versammlungen

jeden ersten Mittwoch im Monat stattfinden; mithin finden morgen, Mittwoch,
den 1. Juni, die Bezirksversammlungen statt. Es ist unbedingt nötig, dass jedes Fachvereins-Mit-
glied die Versammlungen besucht. (186/18)

Der Vorstand.

Achtung! Moabit. Achtung!

Mittwoch, den 1. Juni 1904, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Kronen-Brauerei,
Alt-Moabit 47-49:

Volks-Versammlung
der Frauen und Männer von Moabit.

Tages-Ordnung:
1. Der Wortbruch der Moabiter Bäckermeister und die Zustände in den dortigen
Bäckereien. Referenten: Allmann-Hamburg, Centralvorsitzender des Deutschen Bäckerverbandes, und
Hetzschold-Berlin. 2. Freie Aussprache. 209/1

Um zahlreichen Besuch, namentlich der verehrten Hausfrauen, bittet
Der Einberufer: **Karl Hetzschold, Rosenhalerstr. 11/12.**

Bauhandwerker, Bauhilfsarbeiter!

Der Tarifvertrag der Stukkateure Berlins

besagt, dass sämtliches Material auf Rechnung des Arbeitgebers in den Bauten bis in
die Etage, wo die Arbeit verrichtet wird, hinzuschaffen ist. Wir ersuchen alle Arbeitsbrüder
der Baubranche, wo sich noch Stukkateure Sachen, Wasser oder Gips, selbst heran-
tragen, dieselben auf ihr tarifbrüchiges Verhalten aufmerksam zu machen. Nicht auf eine
Zahlung für das eigne Heranschaffen des Materials kommt es an, sondern es sollen die
dazu berufenen Bauhilfsarbeiter diese Arbeit verrichten. Wie den Maurern, Putzern,
Löpfern usw. ihr Material bis an den Arbeitsplatz geschafft wird, so wollen auch wir den
Bauhilfsarbeitern Arbeitsgelegenheit verschaffen. Etwaige Meldungen ersuchen wir zu richten
an den

Centralverband der Stukkateure Deutschlands. (Filiale Berlin.)
N. 37, Strahburgerstr. 17 III. Tel. Amt III 1447.
179/12*

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“

Berlin.

Die nächste Vereinsversammlung findet der Bezirks-
versammlung wegen am Donnerstag, den 2. Juni statt.
Die Mitglieder werden ersucht, in der Bezirks- sowie Vereinsversamm-
lung vollständig zu erscheinen. — Gäste sind in unserer am Donnerstagabend
9 Uhr im Vereinslokal S a b r. 8 stattfindenden Versammlung willkommen.
16385

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“

Berlin.

Die nächste Vereinsversammlung findet der Bezirks-
versammlung wegen am Donnerstag, den 2. Juni statt.
Die Mitglieder werden ersucht, in der Bezirks- sowie Vereinsversamm-
lung vollständig zu erscheinen. — Gäste sind in unserer am Donnerstagabend
9 Uhr im Vereinslokal S a b r. 8 stattfindenden Versammlung willkommen.
16385

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“

Berlin.

Die nächste Vereinsversammlung findet der Bezirks-
versammlung wegen am Donnerstag, den 2. Juni statt.
Die Mitglieder werden ersucht, in der Bezirks- sowie Vereinsversamm-
lung vollständig zu erscheinen. — Gäste sind in unserer am Donnerstagabend
9 Uhr im Vereinslokal S a b r. 8 stattfindenden Versammlung willkommen.
16385

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“

Berlin.

Die nächste Vereinsversammlung findet der Bezirks-
versammlung wegen am Donnerstag, den 2. Juni statt.
Die Mitglieder werden ersucht, in der Bezirks- sowie Vereinsversamm-
lung vollständig zu erscheinen. — Gäste sind in unserer am Donnerstagabend
9 Uhr im Vereinslokal S a b r. 8 stattfindenden Versammlung willkommen.
16385

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“

Berlin.

Die nächste Vereinsversammlung findet der Bezirks-
versammlung wegen am Donnerstag, den 2. Juni statt.
Die Mitglieder werden ersucht, in der Bezirks- sowie Vereinsversamm-
lung vollständig zu erscheinen. — Gäste sind in unserer am Donnerstagabend
9 Uhr im Vereinslokal S a b r. 8 stattfindenden Versammlung willkommen.
16385

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“

Berlin.

Die nächste Vereinsversammlung findet der Bezirks-
versammlung wegen am Donnerstag, den 2. Juni statt.
Die Mitglieder werden ersucht, in der Bezirks- sowie Vereinsversamm-
lung vollständig zu erscheinen. — Gäste sind in unserer am Donnerstagabend
9 Uhr im Vereinslokal S a b r. 8 stattfindenden Versammlung willkommen.
16385

Der Vorstand.

Achtung! Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: IV, 3578.

Mittwoch, den 1. Juni 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen.

Südosten: bei C. Behrend, Mantuffelstr. 95.
Tagesordnung: 1. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 2. Ver-
schiedenes.

Süden: bei Doberstein, Wasserthorstr. 68.
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes und der Vertrauensleute.
2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Westen und Süd-Westen: in Habels Brauerei,
Bergmannstr. 5-7.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-Angelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Osten u. Nordosten: bei Mann, Strauchbergerstr. 3.
Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Werkstatt-Angelegenheiten.
3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Ver-
bands-Angelegenheiten. 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Ranke,
Kolbergerstr. 23.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner.
2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Wohnung des Obmannes Petersen, Antonstr. 33, Portal I, 1 Treppe.

Moabit: bei Jocksch, Turmstr. 84.
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und
Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Achtung! Moabit. Achtung!

Mittwoch, den 1. Juni 1904, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Kronen-Brauerei,
Alt-Moabit 47-49:

Volks-Versammlung
der Frauen und Männer von Moabit.

Tages-Ordnung:
1. Der Wortbruch der Moabiter Bäckermeister und die Zustände in den dortigen
Bäckereien. Referenten: Allmann-Hamburg, Centralvorsitzender des Deutschen Bäckerverbandes, und
Hetzschold-Berlin. 2. Freie Aussprache. 209/1

Um zahlreichen Besuch, namentlich der verehrten Hausfrauen, bittet
Der Einberufer: **Karl Hetzschold, Rosenhalerstr. 11/12.**

Bauhandwerker, Bauhilfsarbeiter!

Der Tarifvertrag der Stukkateure Berlins

besagt, dass sämtliches Material auf Rechnung des Arbeitgebers in den Bauten bis in
die Etage, wo die Arbeit verrichtet wird, hinzuschaffen ist. Wir ersuchen alle Arbeitsbrüder
der Baubranche, wo sich noch Stukkateure Sachen, Wasser oder Gips, selbst heran-
tragen, dieselben auf ihr tarifbrüchiges Verhalten aufmerksam zu machen. Nicht auf eine
Zahlung für das eigne Heranschaffen des Materials kommt es an, sondern es sollen die
dazu berufenen Bauhilfsarbeiter diese Arbeit verrichten. Wie den Maurern, Putzern,
Löpfern usw. ihr Material bis an den Arbeitsplatz geschafft wird, so wollen auch wir den
Bauhilfsarbeitern Arbeitsgelegenheit verschaffen. Etwaige Meldungen ersuchen wir zu richten
an den

Centralverband der Stukkateure Deutschlands. (Filiale Berlin.)
N. 37, Strahburgerstr. 17 III. Tel. Amt III 1447.
179/12*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: IV, 3578.

Mittwoch, den 1. Juni 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen.

Südosten: bei C. Behrend, Mantuffelstr. 95.
Tagesordnung: 1. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 2. Ver-
chiedenes.

Süden: bei Doberstein, Wasserthorstr. 68.
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes und der Vertrauensleute.
2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Westen und Süd-Westen: in Habels Brauerei,
Bergmannstr. 5-7.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-Angelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Osten u. Nordosten: bei Mann, Strauchbergerstr. 3.
Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Werkstatt-Angelegenheiten.
3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Ver-
bands-Angelegenheiten. 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Ranke,
Kolbergerstr. 23.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner.
2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Wohnung des Obmannes Petersen, Antonstr. 33, Portal I, 1 Treppe.

Moabit: bei Jocksch, Turmstr. 84.
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und
Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: IV, 3578.

Mittwoch, den 1. Juni 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen.

Südosten: bei C. Behrend, Mantuffelstr. 95.
Tagesordnung: 1. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 2. Ver-
chiedenes.

Süden: bei Doberstein, Wasserthorstr. 68.
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes und der Vertrauensleute.
2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Westen und Süd-Westen: in Habels Brauerei,
Bergmannstr. 5-7.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-Angelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Osten u. Nordosten: bei Mann, Strauchbergerstr. 3.
Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Werkstatt-Angelegenheiten.
3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Ver-
bands-Angelegenheiten. 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Ranke,
Kolbergerstr. 23.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner.
2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Wohnung des Obmannes Petersen, Antonstr. 33, Portal I, 1 Treppe.

Moabit: bei Jocksch, Turmstr. 84.
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und
Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Branche der Modell-Fabrikfischer

bei Dieke, Adersstrahe 123.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauens-
leute. 3. Verschiedenes.

Stock- und Celluloid-Arbeiter

bei Barenz, Brückenstraße 7.

Bilderrahmenmacher

bei Augustin, Lindenstr. 69.
Der wichtigsten Tagesordnung wegen muß jede Werkstatt vertreten sein.
Der Obmann.

Bezirk Friedrichsberg bei Lutterbüsse, Friedrichs-
bergstr. Nr. 11.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Werkstatt-An-
gelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Achtung! Einsetzer. Achtung!

Donnerstag, den 2. Juni, abends präcise 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über den neuen Tarif. 2. Endgültige
Beschlussfassung über denselben. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es dringende
Pflicht eines jeden Kollegen, will er späteren Selbstvorwürfen
entgehen, in dieser Versammlung bestimmt und pünktlich zu er-
scheinen. Kein einziger darf fehlen.
84/15

Die Kommission.

Vereine! Klubs! Fabriken!

An der Woche (200)
Dampfer für 25 Max (25-75 Personen)
85 (75-140)
45 (140-225)

nach Schülers „Spreeschloss“, Friedrichshagen am Müggelsee.
Herrliche Spielplätze. Regelmäßige Boot- u. Kaffeeboote: 1. Tr. 80 Pf.,
1/2 Tr. 40 Pf., 1/3 Tr. Berliner Godden 15 Pf. 15126*

Socialdemokratischer Verein
im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Dienstag, den 31. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung
im Alten Schützenhause, Linienstrasse 5.

Tagesordnung:
1. Verkündung der Resultate der Stadtverordnetenwahl.
2. Freisinnige Geldentlasten im roten Hause. Referent: Stadt-
verordneter Genosse Dr. Weyl. 3. Diskussion. 4. Ausschlag von Mit-
gliedern. 5. Partei- und Vereinsmitteilungen. 236/5*

Gäste willkommen.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Dienstag, den 31. Mai, abends 9 Uhr:

Zwei Volksversammlungen

Für den 32. Kommunal-Wahlbezirk:
bei Dase, Brunnenstr. 154.

Für den 40. Kommunal-Wahlbezirk:
im Weddingpark, Müllerstr. 178.

Tages-Ordnung:
Verkündung des Wahlergebnisses. 219/16

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Bäcker!

Dienstag, den 31. Mai, nachmittags 3 Uhr,
bei Keller, Koppenstr. 29:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt.
2. Verschiedenes.
Um pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird ersucht.
Der Vorstand des Verbandes der Bäcker.
Mitgliedschaft Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 8363.

Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Versammlung der Metallarbeiter Berlins.

Tages-Ordnung:
1. Der Streit der Metallarbeiter bei der Firma Kirchner.
2. Bericht der Schlichtungskommission über den Tarif der Brüder. 3. Diskussion.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt zahlreiches Erscheinen der Kollegen.

Mittwoch, den 1. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener
Garten, Dresdenerstr. 45:

**Versammlung der Gold- u. Silberarbeiter
und verwandten Berufsgenossen.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Max Schütte über: „Die Urgeschichte
der Menschheit“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Billetts a 25 Pf. zur VIII. Jahreshauptversammlung des Verbandes
der Klopfer - Innungen in der „Neuen Welt“, Gassenbeide, sind
im Bureau, Engel-Ufer 15, zu haben. 115/20

Die Ortsverwaltung.

Wilmersdorf.

Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Salomon Volksgarten,
Berlinerstr. 40:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Die Rückständigkeit unseres Vereins- und Versammlung-
wesens. Referentin: Frau Martha Tich.
Zu zahlreichem Besuch ladet Männer und Frauen ein
203/5

Die Vertrauensperson.

Preise nie wiederkehrend!

Nach beendetem Umzuge
sind die Preise auf:
Teppiche, Gardinen, Portieren etc.
bis zu **33 1/3 %** herabgesetzt.

Jede Hausfrau benütze diese günstige Gelegenheit!

**Teppichhaus
B. Adler & Co.**
Königstr. 20-21, an der Judenstrasse,
im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Max Kliem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Mühlitz.

Tägliche: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebten
Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeetische sind täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regeldamen, Wärschubben, Konfektorei, Blumenstand etc.

In den Sälen:
Grosser Ball.

Die Bäcker vor dem Einigungsamt.

Am Montag trat das Einigungsamt des Gewerbegerichts zusammen, um einen Vergleich zwischen den Meistern und Gesellen anzubahnen.

Die Verhandlungen begannen damit, daß der Gesellenvertreter Paris die bekannten Forderungen begründete. Er betonte, daß seine Kollegen an der Hauptforderung: Beilegung von Kost und Logis im Hause des Meisters, unter allen Umständen festhalten, auch von den geforderten, jetzt errungenen Minimallöhnen von 21-25 M. nichts abgelassen werden.

Seitens der Meister sprachen die Herren Fischer, Kohler, Danneke und Obermeister Liebing aus Reinickendorf. Hinsichtlich der einzelnen Punkte der Gesellenforderungen waren die Vertreter der Meister geteilter Meinung.

Auf die Ausführungen der Meister antworteten Schneider und Allmann. Sie betonten, daß die Beilegung von Kost und Logis eine prinzipielle Forderung sei, die man nicht fallen lasse.

Nachdem beide Parteien ihre Ansichten dargelegt hatten, zog sich das Einigungsamt zur Beratung zurück.

1. Als Minimallohn für die Woche werden gezahlt: in Betrieben mit 1 und 2 Gesellen 21 M., in Betrieben mit 3 bis 7 Gesellen 23 M., in Betrieben mit 8 und mehr Gesellen 25 M.

2. Gesetzlich zulässige Ueberstunden, welche durch Mehrarbeit entstehen, werden den Gesellen mit 60 Pf. für jede Stunde vergütet.

3. Die Lohnzahlung hat wöchentlich spätestens am Sonntagvormittag während der Arbeitszeit zu erfolgen.

4. An den drei hohen Festen (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) ist jedem Gesellen eine Freinacht ohne Lohnabzug zu gewähren.

5. Es soll ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet werden. Die Einrichtung desselben liegt der Schlichtungskommission ob.

6. Es wird eine Schlichtungskommission gebildet aus 10 Arbeitgebern und 10 Arbeitnehmern unter dem Vorsitz eines Unparteiischen.

aufgeführten Obliegenheiten sämtliche Differenzen, welche aus diesem Tarifvertrage entstehen, und eventuell zu Streiks und Aussperrungen führen können, zu begleichen.

7. Vorstehender Vertrag läuft bis zum 1. Oktober 1906 und läuft immer ein Jahr weiter, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf von einer der Parteien gekündigt wird.

8. Für den Fall, daß zwischen den Innungen und dem Verbands der Bäcker und Verfassgenossen Deutschlands ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, welcher günstigere Bedingungen für beide Parteien enthält, soll dieser Vertrag an Stelle des heute geschlossenen treten und damit der vorstehende Vertrag kraftlos werden.

Der Vorsitzende v. Schulz forderte die Parteien zur Annäherung über den Vergleichsvorschlag auf. Darauf erklärte Allmann: Obwohl der Vorschlag manches von den Forderungen der Gesellen abgeirrt habe, werde er, so schwer es ihm sei, für die unveränderte Annahme desselben bei seinen Auftraggebern eintreten.

Obermeister Liebing erklärte sich im Namen mehrerer seiner Kollegen nicht mit dem Vorschlag einverstanden, weil den Gesellen zu viel zugestanden werde.

Vorsitzender v. Schulz bemerkte dem Redner: Mit den Innungen habe es das Einigungsamt nicht zu thun, sondern mit den etwa 100 Meistern, welche in der Versammlung am 25. Mai die hier anwesenden Vertreter beauftragte, im Namen der Verbandsmitglieder zu verhandeln.

Wieder gingen die Ansichten der Meistervertreter über den Vergleichsvorschlag und den Kreis der zu befragenden Interessenten auseinander.

Zuletzt kam man dahin überein, daß die Teilnehmer der Meisterversammlung vom 25. Mai am nächsten Mittwoch wieder zu einer Versammlung eingeladen werden, um zu den Vergleichsvorschlägen Stellung zu nehmen.

Achtung, Bäckerstreik!

Bürger, Arbeiter und besonders Ihr Hausfrauen!

Unterstützt die streikenden Bäckerei-Arbeiter in ihrem schweren Kampfe zur Erringung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Kauft nur Brot und andre Backwaren aus den Bäckereien, in welchen unsre bescheidenen Forderungen erfüllt werden.

Nur dort sind die Forderungen bewilligt, wo die mit dem Stempel des Verbandes der Bäcker, Mitgliedschaft Berlin, und der Unterschrift:

Karl Hekschold, Rosenthalerstraße 11-12

versehenen Plakate aushängen.

Wir bitten das geehrte Publikum, streng auf obiges zu achten, da von vielen Bäckermeistern versucht wird, durch Aushängen von nachgeahmten und gefälschten Plakaten die Bevölkerung zu täuschen und irrezuführen.

Wir appellieren an das Rechtsgefühl des Brot konsumierenden Publikums, diese Versuche der Täuschung, die von den Bäckermeistern unternommen werden, zu nichte zu machen.

Wir hoffen, dass uns die Bevölkerung auch ferner wie bisher in unserm berechtigten Kampfe unterstützen wird!

Wir machen das verehrte Publikum darauf aufmerksam, daß eine ganze Reihe Bäckermeister und Händler die Forderungen entweder zurückziehen oder durchbrechen. Wir haben daher diesen Leuten unsre Plakate entzogen.

Viele Meister nehmen, durch die Innungen scharf gemacht, unsre Plakate aus den Fenstern und machen den Kunden gegenüber allerhand Ausreden.

Lasse sich daher niemand täuschen! Arbeiter, Hausfrauen! Kauft nur dort, wo die Plakate mit unserm Stempel aushängen.

Die Streikleitung.

Bäckermeister, die ihre Bewilligungen zurückgezogen haben oder denen die Plakate von uns entzogen sind:

Achtung! Hausfrauen, Arbeiter von Moabit!

Nachstehende Bäckermeister haben auf hektographiertem Vogen in voriger Woche bei der Streikleitung ihre Bewilligung zurückgezogen:

- H. Linke, Emdenerstr. 44.
F. Runkl, Emdenerstr. 50.
Th. Neumann, Oldenburgerstr. 19.
Karl Peifer, Oldenburgerstr. 14.
W. Naujok, Duthowstr. 190.
Hugo Berg, Oldenburgerstr. 23.
Wilh. Kneisch, Lohsestr. 21.
Vobenstein, Wilhelmshavenstr. 12.
Wilh. Gohst, Emdenerstr. 54.
Wilh. Volk, Stromstr. 55.
H. Schmeizer, Wilhelmshavenstr. 39.
Kud. Wiesmann, Oldenburgerstr. 8.
Ed. Zander, Berlingsenstr. 1.
G. Rimpke, Duthowstr. 125.
Ed. Rinsch, Walstr. 7.
H. Liebs, Stephanstr. 51.
Aug. Sternsdorf, Duthowstr. 41.
Franz Hechenberg, Duthowstr. 4.
Georg Hein, Jagowstr. 20.
Karl Schwarz, Davelbergstr. 21.
Paul Schmidt, Grassmühlstr. 12.
Franz Rauch, Lohsestr. 21.
Franz Mecke, Dandelsstr. 67.
Hob. Praeger, Dandelsstr. 36.
Adolf Reilewitz, Kleberstr. 27.
Herm. Blume, Emdenerstr. 17.
Herd. Pfeiffer, Berlebergerstr. 44.
Herm. Koller, Drebowsstr. 43.
Hugo Gildebrandt, Birkenstr. 19.
Wilh. Schulz, Goykewitzstr. 10.
J. Muster, Waldenstr. 41.
Andreas Mühl, Al-Moabit 42.
W. Paasch, Fvinglstr. 22.
Herd. Thire, Turnstr. 62.
Franz Weinrich, Beuststr. 57.
Georg Golländer, Wilsnackerstr. 37.
W. Yndowski, Wittkowsstr. 25.
Friedrich Berg, Ringendorferstr. 8.
Fr. Röderich, Wilhelmshavenstr. 33a.
Adolf Kläben, Drebowsstr. 12.
Th. Gullig, Oldenburgerstr. 12.
J. Sieg, Beuststr. 59.
Hubert Wang, Beuststr. 1.

Ein prozigerer Schlag ins Gesicht der konsumierenden Bevölkerung ist undenkbar.

Berlin.
G. Weber, Breslauerstr. 11.
Wähne, Schleiermacherstr. 11.
Jasandke, Ritterstr. 40 und Drellestr. 20.
Karl Opalle, Frankfurter Allee 80.
F. Geier, Holmannstr. 7.
August Hoffmann, Petersburgerstr. 38.
Ed. Zent, Schwedterstr. 21.
Karl Wagner, Schenkenborferstr. 4.
Sebastian, Blumenstr. 64.
G. Thebe, Auguststr. 22.
Fr. Hoeft, Bräderstr. 36.
G. Breitkopf, Mödenerstr. 111.
Stahn, Schamissoplatz 6.
Friedrich Schmeizer, Wilhelmshavenstr. 39.
Levin, Neue Königstr. 5.
Wolfsberg, Wollbergstr. 22.
Wolfsstr. 11.
Schlepphake, Duthowstr. 64.
B. Weydhla, Hagelbergerstr. 29.
Warduhn, Rammstr. 40.
Lützoldt, Alderstr. 70.

Schöneberg.
Karl Krusch, Sebanstr. 61.
Wilmersdorf.
Wag. Esser, Lichtenbergstr. 140.
Lichtenberg.
Nagel, Wilhelmstr. 75.
Friedrichshagen.
Bruno Kreifamer, Gärtelstr. 27.
Pankow.
Müller, Wäldchenstr. 82.

- Otto Grundmann, Rosinenstr. 10.
Sebold Bänisch, Kaiser Friedrichstr. 59.
Johann Spitzbart, Pestalozzistr. 76.
Paul Lehmann, Pestalozzistr. 69.
F. Schmidt, Knobelsdorferstr. 8.
Adolf Daniel, Schloßstr. 20.
Hermann Otto, Spießsagenstr. 14.
Mar. Varsch, Holzendorferstr. 18.
F. Walther, Pestalozzistr. 12.
G. Kühne, Weimarerstr. 14.
Ed. Corries, Christstr. 15.
Friedr. Wobersohn, Dandelmännstr. 12.
Alber. Heinrich, Bismarckstr. 48.
Wilhelm Schlosser, Sophie Charlottenstr. 99.
Wilhelm Trems, Drangenstr. 4.
F. Vög, Spandauerstr. 20.
Joseph Schierke, Kaiser Friedrichstr. 47.
H. Moos, Goldamerstr. 10a.
Hrn. Gaudob, Stuttharder-Platz 21.
G. Gishorn, Schillerstr. 114.
A. Witt, Potsdamerstr. 43.
G. Kranke, Schillerstr. 17.
G. Loffe, Wilmersdorferstr. 156.
J. Teufel, Rosinenstr. 12a.
O. Neumann, Schloßstr. 35.
G. Meuske, Potsdamerstr. 14.
F. Wähne, Sophie Charlottenstr. 15a.
Ed. Spieß, Wilmersdorferstr. 66a.
Ed. Gulle, Wilmersdorferstr. 117.
G. Gaale, Flötenstr. 10.
G. Hilmann, Kaiser Friedrichstr. 9.
G. Loffe, Schillerstr. 12.
C. Block, Wilmersdorferstr. 133.
C. Geisler, Wilmersdorferstr. 158.
Ed. Kuchwied, Sophie Charlottenstr. 89.
G. Wolff, Friedrich Körstr. 12.
G. Wandzio, Wallstr. 24.
F. Donner, Christstr. 31.
Hob. Liebs, Pestalozzistr. 82.
Paul Weg, Knobelsdorferstr. 42.
Wilh. Borath, Erxstr. 46.
Pauline Katsch, Scharenstr. 8.
H. Erieh, Wilmersdorferstr. 127.
Otto Bachmann, Engländerstr. 29.

- W. Moos, Goldamerstr. 10a.
Hrn. Gaudob, Stuttharder-Platz 21.
G. Gishorn, Schillerstr. 114.
A. Witt, Potsdamerstr. 43.
G. Kranke, Schillerstr. 17.
G. Loffe, Wilmersdorferstr. 156.
J. Teufel, Rosinenstr. 12a.
O. Neumann, Schloßstr. 35.
G. Meuske, Potsdamerstr. 14.
F. Wähne, Sophie Charlottenstr. 15a.

